



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

ANALYSE DER EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE FINANZIERUNG UND DEN AUSBAU DER EISENBAHN-
INFRASTRUKTUR (DIREKTER GEGENENTWURF ZUR VOLKSINITIATIVE
«FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR»)

62.0% JA

VOLKSINITIATIVE «ABTREIBUNGSFINANZIERUNG IST PRIVATSACHE – ENTLASTUNG DER
KRANKENVERSICHERUNG DURCH STREICHUNG DER KOSTEN DES SCHWANGERSCHAFTS-
ABBRUCHS AUS DER OBLIGATORISCHEN GRUNDVERSICHERUNG»

69.8% NEIN

VOLKSINITIATIVE «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»

50.3% JA

STIMMBETEILIGUNG

55.8%



PASCAL SCIARINI, ALESSANDRO NAI ET ANKE TRESCH

INHALTSVERZEICHNIS

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf.

Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Pascal Sciarini
Analyse/Auswertung: Dr. Alessandro Nai, Dr. Anke Tresch

gfs.bern

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Martina Imfeld
Sekretariat: Johanna Lea Schwab
Telefonbefragung/Feldchef: Salvatore Petrone
CATI-Support: Pina Zimmermann
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

Übersetzung

Emilio Violi, Régine Finck

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2014) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Anke Tresch, Alessandro Nai, Pascal Sciarini (2014): Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar 2014, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft Universität Genf.
Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

ISSN 1664-9060

1. BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG	12
1.1 Bedeutung der Vorlagen	12
1.2 Stimmbeteiligung	13
1.3 Meinungsbildung – Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung und Entscheidungszeitpunkt	17
2. BUNDESBESCHLUSS FINANZIERUNG & AUSBAU DER EISENBAHNINFRASTRUKTUR	19
2.1 Ausgangslage	19
2.2 Das Profil der Stimmenden	20
2.3 Wahrnehmung der Vorlage	24
2.4 Die Stimm motive	24
2.5 Pro- und Kontra-Argumente	25
3. VOLKSINITIATIVE «ABTREIBUNGSFINANZIERUNG IST PRIVATSACHE»	27
3.1 Ausgangslage	27
3.2 Das Profil der Stimmenden	27
3.3 Wahrnehmung der Vorlage	32
3.4 Stimm motive	32
3.5 Pro- und Kontra-Argumente	34
4. VOLKSINITIATIVE «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»	36
4.1 Ausgangslage	36
4.2 Das Profil der Stimmenden	38
4.3 Wahrnehmung der Vorlage	52
4.4 Stimm motive	53
4.5 Pro- und Kontra-Argumente	55
5. ZUR METHODE	60

HAUPTRESULTATE DER ANALYSE ZUR ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014

Am 9. Februar 2014 wurden dem Schweizer Stimmvolk drei Vorlagen zur Abstimmung unterbreitet: der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI), die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» sowie die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung». Der Bundesbeschluss wurde mit 62% der Stimmen deutlich angenommen, während den beiden Volksinitiativen ein unterschiedlicher Ausgang beschieden war: Die Volksinitiative über die Abtreibungsfinanzierung wurde vom Stimmvolk klar verworfen (30.2% Ja-Stimmen), die Masseneinwanderungsinitiative der SVP jedoch mit einem knappen Volksmehr (50.3%) und einem deutlichen Ständemehr (14.5 gegen 8.5 Kantone) angenommen. Somit wurden Bundesrat und Parlament bei den ersten beiden Vorlagen unterstützt, bei der dritten jedoch desavouiert. Die SVP-Initiative hatte zu einem sehr intensiven Abstimmungskampf geführt und wesentlich zur ungewöhnlich hohen Stimmbeteiligung von 55.8% beigetragen.

Bedeutung der Vorlagen, Stimmbeteiligung und Meinungsbildung

Die Bedeutung (für das Land und sich selbst) der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» wurde als sehr hoch eingestuft. Die Masseneinwanderungsinitiative wurde als bedeutender eingeschätzt als die Abstimmungen über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit 2005 und 2009, die Anbindung an Schengen/Dublin 2005 oder die Ausschaffungsinitiative 2010. Im Gegensatz zur Abtreibungsfinanzierung wurde der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur ebenfalls als relativ wichtig für das Land wahrgenommen.

Die Stimmbeteiligung steigt wie üblich mit dem Bildungsstand. Allerdings gingen Stimmbürger mit geringem Bildungsniveau (obligatorische Schulpflicht) häufiger als sonst an die Urne. Ähnliches gilt für Personen aus der untersten Einkommensschicht. Wie immer war das politische Interesse der zentrale Erklärungsfaktor für die Stimmbeteiligung. Mit Ausnahme der CVP-Anhänger (51%) beteiligten sich die Sympathisanten der Regierungsparteien überdurchschnittlich. Personen, die dem Bundesrat misstrauen, mobilisierten sich leicht stärker als solche, die ihm vertrauen.

Bei allen drei Vorlagen fiel der Stimmentscheid relativ früh. Im Falle der Masseneinwanderungsinitiative läuft dieses Ergebnis zumindest auf den ersten Blick den Befunden der beiden SRG-Trendanalysen entgegen. Diese wiesen im Vorfeld der Abstimmung auf eine dynamische Meinungsbildung hin. Tatsächlich zeichnet die VOX-Analyse aber ein ähnliches Bild: Je später die Stimmenden entschieden, desto höher lag der Ja-Anteil zur Initiative. Diese Dynamik war der SVP-Initiative zuträglich und hat wohl letztlich den Grundstein zu ihrem Erfolg gelegt. Obwohl nur wenige Befragte ihre Entscheidung spät trafen, war ihre klare

Zustimmung zur Initiative für das Abstimmungsergebnis möglicherweise entscheidend. Dieser Meinungsverlauf gilt für die Deutsch- und Westschweizer, nicht aber für die Tessiner, deren Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative mehrheitlich schon vor Beginn der Abstimmungskampagne feststand.

Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)

Der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) wurde von den Stimmenden, die dem Bundesrat grosses Vertrauen entgegenbringen, mit deutlicher Mehrheit angenommen. Ausserdem wurde die Vorlage im linken Lager stärker unterstützt. Eine grosse Mehrheit der SP-Anhänger, aber auch der CVP-Anhänger, stimmte für die FABI-Vorlage, jedoch nur einer von drei SVP-Sympathisanten. Die Anhänger der FDP. Die Liberalen folgten der Abstimmungsempfehlung ihrer Partei am wenigsten (weniger als zwei Drittel Ja-Stimmen). Die FABI-Vorlage stiess ausserdem bei jenen Personen auf besonderes Gehör, die dem Bund mehr Macht geben wollen, für eine moderne Schweiz eintreten und die Umwelt schützen wollen.

Die Zustimmung zur Vorlage war unter den Jungen am höchsten, unter den 50- bis 59-Jährigen mit nur 50% am tiefsten. Pendler (insbesondere Autobesitzer), welche ihre effektiven Fahrkosten für den Arbeitsweg bislang von ihrem steuerbaren Einkommen abziehen konnten, standen der Vorlage erwartungsgemäss kritischer gegenüber. Der Anteil der Ja-Stimmen lag bei den Frauen leicht höher als bei den Männern. Zudem stiess die Vorlage in städtischen Regionen sowie bei Personen mit einem höheren Haushaltseinkommen und einem höheren Bildungsstand auf stärkere Zustimmung.

Das Hauptmotiv der Ja-Stimmenden war die Zustimmung zum Ausbau der Bahninfrastruktur. Andere Stimmmotive waren deutlich weniger wichtig. Die Motive der Gegner waren hingegen vielfältiger: zu hohe Kosten, Ablehnung des Grundsatzes der Mitfinanzierung durch Autopendler sowie die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation wurden gegen den Bundesbeschluss ins Feld geführt.

Die Hauptargumente für und gegen den Bundesbeschluss wurden von den Stimmenden unterschiedlich eingeschätzt. Die Argumente für die Vorlage haben das Stimmvolk polarisiert, d.h. sie wurden von den Ja-Stimmenden massiv unterstützt, von den Nein-Stimmenden jedoch abgelehnt. Die Argumente gegen die Vorlage haben weniger polarisiert und wenig Resonanz erzeugt.

Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» fand nur gerade in drei Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit: bei den Anhängern der SVP, Personen, die sich im politischen

Spektrum rechts aussen verorten sowie unter häufigen Kirchgängern. Im Vergleich mit der Volksabstimmung vom Juni 2002 über die Fristenregelung zeigen sich drei Veränderungen: Die Häufigkeit des Kirchgangs spielt eine viel geringere Rolle, der Graben zwischen Katholiken und Protestanten ist verschwunden, und die Sympathisanten der SVP und der CVP haben das Lager gewechselt. Während die CVP-Anhänger als einzige 2002 die Fristenlösung ablehnten, sprachen sie sich nun mehrheitlich gegen einen Systemwechsel aus. Das Gegenteil gilt für die SVP-Anhänger, welche 2002 die Fristenlösung noch mehrheitlich befürwortet hatten, aber am 9. Februar 2014 der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» als einzige zustimmten.

Die Auswertung der Stimmotive zeigt, dass die Befürworter der Initiative ihre Zustimmung hauptsächlich damit begründen, ein Schwangerschaftsabbruch sei Privatsache. Das zweitwichtigste Motiv lag in der prinzipiellen Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs aus persönlichen oder moralischen Gründen. Die Gegner der Initiative machten in erster Linie feministische Gründe (Frauen nicht benachteiligen, Frauen in einer schwierigen Situation helfen, Mitverantwortung der Männer usw.) und in zweiter Linie das Solidaritätsprinzip in der obligatorischen Krankenversicherung geltend.

Die Bewertung der Hauptargumente, die im Abstimmungskampf für und gegen die Initiative vorgebracht wurden, legt nahe, dass die Ablehnung der Abtreibungsfinanzierungsinitiative zu einem guten Teil mit der Zufriedenheit vieler Schweizer mit der aktuellen Regelung erklärt werden kann. So waren fast alle Nein-Stimmenden und knapp die Hälfte aller Ja-Stimmenden damit einverstanden, dass sich die aktuelle Regelung bewährt habe und nicht aufgegeben werden solle.

Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

Der Entscheid zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» wurde stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt. So steigt die Zustimmungsrates von einem zum anderen Pol der Links-Rechts-Achse beträchtlich. Der Einfluss des Links-Rechts-Konflikts widerspiegelt sich auch im Entscheid der verschiedenen Parteianhängerschaften. Während die SVP-Anhänger die Initiative fast einhellig unterstützten, wurde sie von den Sympathisanten der SP massiv verworfen. Das Nein der CVP-Anhänger war ebenfalls deutlich, jenes der Sympathisanten von FDP, Die Liberalen etwas weniger ausgeprägt. Im Gegensatz zu den politisch interessierten Stimmbürgern nahmen die politisch weniger oder nicht Interessierten die Initiative mehrheitlich an. Ebenfalls eine hohe Zustimmung fand die Initiative bei Personen, die sich nie/selten oder nur gelegentlich an die Urne begeben, während Personen, die häufig oder immer an Abstimmungen teilnehmen, stärker gespalten waren.

Der Entscheid zur SVP-Initiative war Ausdruck eines Identitätskonflikts über den Grad der Öffnung der Schweiz und die Verteidigung der Traditionen. So wurde die SVP-Initiative von jenen Personen klar unterstützt, welche die Traditionen verteidigen, für eine verschlossene Schweiz eintreten, Schweizer gegenüber Ausländern bevorzugt behandeln wollen sowie

Ruhe und Ordnung für sehr wichtig halten. Fast ebenso deutlich wurde die Initiative von jenen Personen verworfen, die eine moderne und offene Schweiz befürworten, Ausländern gleiche Chancen einräumen wollen und Ruhe und Ordnung für nachrangig halten.

Wenig überraschend wurde der Abstimmungsentscheid auch vom Regierungsvertrauen beeinflusst. Drei Viertel der Personen, die dem Bundesrat vertrauen, verwarfen die SVP-Initiative, während vier Fünftel der Personen, die dem Bundesrat misstrauen, ein Ja einlegten.

Zusammenfassend deutet die Analyse des Abstimmungsentscheids nach politischen Merkmalen der Stimmenden auf vier Erfolgsfaktoren der SVP-Initiative hin: Ideologie, Parteisympathie, politische Werte sowie die starke Mobilisierung von wenig interessierten oder politisch wenig aktiven Stimmbürgern. Erstens hat der Entscheid von politisch mitte-rechts und, vor allem, rechts stehenden Personen zum Erfolg der SVP-Initiative beigetragen. Zweitens profitierte die Initiative von der überaus klaren Zustimmung der SVP-Anhängerschaft, ebenso wie von der geringeren Stimmbeteiligung der CVP-Wählerschaft, der geringen Ablehnung durch die Anhänger der FDP, Die Liberalen sowie von der knapp mehrheitlichen Zustimmung von Stimmbürgern, die sich keiner Partei nahe fühlten. Drittens erklärt sich der Erfolg der SVP-Initiative durch den Stimmentscheid von wertkonservativen Personen. Schliesslich profitierte die Initiative zusätzlich von der mehrheitlichen Zustimmung jener Personen, die sich kaum für Politik interessieren und normalerweise selten an Abstimmungen teilnehmen, nun aber ihren Unmut über die Politik von Bundesrat und Parlament äusserten. Obwohl die Stimmbeteiligung dieser Personen unter dem nationalen Durchschnitt lag, gab ihr hoher Ja-Stimmenanteil möglicherweise den Ausschlag zum Abstimmungserfolg.

Eine weitere Erklärung für den Erfolg der SVP-Initiative liefert der Einfluss der sozio-demografischen Merkmale auf das Stimmverhalten und auf die Stimmbeteiligung. Obwohl das Alter für die Erklärung des Stimmentscheids nur zweitrangig war, war für den Erfolg der SVP-Initiative erstens bedeutsam, dass die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen die Initiative zwar am wenigsten unterstützte, gleichzeitig der Urne aber auch am häufigsten fernblieb. Zweitens stieg die Ablehnung der SVP-Initiative zwar mit dem Bildungsstand und dem Haushaltseinkommen, doch die Initiative profitierte von der aussergewöhnlich starken Mobilisierung der unteren Einkommens- und Bildungsschichten. Drittens spielte auch die starke Zustimmung der Arbeiter, Angestellten und Selbständigerwerbenden eine Rolle. Ähnliches gilt für die Personen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als «passabel» oder «schlecht» betrachten und der Initiative grossmehrheitlich zustimmten. Insofern kann diese Abstimmung auch als Ausdruck eines allgemeineren Zwiespalts hinsichtlich der (subjektiv wahrgenommenen) Vor- und Nachteile der Globalisierung im Allgemeinen sowie der Zunahme der Migrationsströme im Besonderen verstanden werden. Die starke Zustimmung zur Initiative auf dem Land, in kleineren und mittelgrossen Städten sowie im Tessin hat auch zum Erfolg der Initiative beigetragen. Schliesslich hat die ablehnende Haltung der eingebürgerten Schweizer das Ergebnis kaum beeinflusst; einerseits, weil sie weniger zahlreich sind als die gebürtigen Schweizer, andererseits weil sie weniger häufig an der Abstimmung teilnahmen.

Zusätzliche Analysen innerhalb der drei Sprachregionen zeigen ausserdem, dass der Stimmenscheid der Tessiner sehr homogen war, sich also kaum nach politischen oder sozio-demografischen Merkmalen der Befragten unterscheidet. In der Deutschschweiz hingegen variiert der Stimmenscheid zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erheblich (je nach Regierungsvertrauen, Bildungsstand, Haushaltseinkommen usw.). Die Westschweizer bewegen sich diesbezüglich zwischen den beiden Extremen.

Die (Nicht-)Nutzung von Radiosendungen, Strassenplakaten, Zeitungsinserten, Meinungsumfragen, Informationen im Internet sowie Standaktionen als Informationsquellen hatte keinen Einfluss auf den Stimmenscheid. Personen, welche die Presse, das Bundesbüchlein oder Diskussionen am Arbeitsplatz zur Meinungsbildung beigezogen hatten, stimmten der Initiative hingegen weniger häufig zu. Umgekehrt führte die Nutzung von Fernsehsendungen, Leserbriefen, Abstimmungszeitungen und Drucksachen sowie Direktmailing zu einer höheren Zustimmung. Diese Ergebnisse gelten vor allem für die Deutschschweizer.

Der Stimmenscheid der Initiativbefürworter wurde stark von ihrer grundsätzlichen Abwehraltung gegenüber der Zuwanderung beeinflusst, wie die Analyse der spontan genannten Motive zur Rechtfertigung des Stimmenscheids zeigt. Mehr als ein Drittel der Ja-Stimmenden haben ihren Entscheid in erster Linie damit begründet, dass sie generell gegen Einwanderung sind oder dass es bereits genug/zu viele Ausländer in der Schweiz gebe. Ausserdem identifizierte sich fast jeder fünfte Befürworter mit den Zielen der Initiative und gab an, die Schweiz solle die Einwanderung einschränken, kontingentieren, besser kontrollieren und/oder selbst steuern. An zweiter Stelle folgten mögliche negative Auswirkungen (wirtschaftliche oder andere) der Zuwanderung. Drittens gab jeder zehnte Befürworter an, mit seinem Stimmenscheid ein Zeichen setzen zu wollen oder die Initiative aus Protest zu unterstützen.

Der meistgenannte Ablehnungsgrund der Initiativgegner ist wirtschaftlicher Natur: die Initiative sei schlecht für die Wirtschaft, die Wirtschaft profitiere von der Einwanderung, die Schweiz brauche ausländische Arbeitskräfte usw. Ein Fünftel der Gegner war ausserdem der Meinung, die Initiative sei ungeeignet und übertrieben und löse die eigentlichen Probleme der Einwanderung nicht. Die negativen Folgen der Initiative für die Europapolitik der Schweiz kamen an dritter Stelle – respektive an zweiter Stelle, wenn man nicht nur die erstgenannten, sondern alle geäusserten Motive betrachtet. Schliesslich wollten sich die Gegner den Kontingenten, der Xenophobie und der Diskriminierung von Ausländern oder der SVP widersetzen.

Die Bewertung der Hauptargumente für und gegen die Initiative durch die Befragten zeigt, dass drei der vier Argumente für die SVP-Initiative auf breite Zustimmung stiessen. Die drei Argumente «Wir müssen die Einwanderung wieder selbst steuern können», «Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu Lohndruck, Wohnungs- und Verkehrsproblemen» und «Wenn die Kontrolle der Zuwanderung zu einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU führt, müssen wir dieses Risiko eingehen» wurden von zwei Dritteln der Stimmenden unterstützt. Eine überwältigende Mehrheit der Befürworter und eine ziemlich grosse Minderheit der Gegner der Initiative pflichteten diesen Argumenten bei. Einzig das Argument

«Durch die Zuwanderung steigt die Kriminalität in der Schweiz» überzeugte weniger. Diesem Argument stimmten die Befürworter der Initiative zwar deutlich zu, die Gegner der Initiative lehnten es jedoch klar ab.

Die Argumente des gegnerischen Lagers der SVP-Initiative hatten deutlich weniger Durchschlagskraft. Nur das Argument, die Steuerung der Zuwanderung mittels Kontingenten führe zu Bürokratie und hohen Kosten, stiess auf relativ breite Zustimmung: Die Nein-Stimmenden pflichteten ihm grossmehrheitlich bei, und sogar die Ja-Stimmenden brachten ihm eine gewisse Sympathie entgegen. Das Schlüsselargument der Gegner «Die Zuwanderung national kontrollieren zu wollen ist gegen das Abkommen zur Personenfreizügigkeit und wird zu einer Kündigung der Bilateralen Verträge mit der EU führen» überzeugte weniger. Befragte, die gegen die Initiative stimmten, waren mit diesem Argument zwar grossmehrheitlich einverstanden, doch widersprach ihm eine klare Mehrheit der Ja-Stimmenden. Die anderen beiden Argumente des gegnerischen Lagers erhielten noch weniger Zuspruch. Die Argumente «Wenn die Personenfreizügigkeit mit der EU aufgehoben wird, wird ein wichtiger Pfeiler für den Erfolg der Wirtschaft und den Wohlstand in der Schweiz gefährdet» und «Die Zuwanderung limitieren zu wollen, wird die Schweiz isolieren» wurden von den Initiativgegnern mit überwältigender Mehrheit befürwortet, aber von den Befürwortern der Initiative ebenso deutlich zurückgewiesen.

Der Schluss liegt nahe, dass sich die Befürworter der Initiative von den Argumenten der SVP überzeugen liessen, jedoch für die Argumente des gegnerischen Lagers wenig empfänglich waren (mit Ausnahme des Arguments zu den Kosten der Kontingentierung). Die Befürworter streiten insbesondere die möglichen Folgen der Initiative für die Europapolitik ab. Einerseits leugnen sie nicht nur die These, wonach die Annahme der Initiative zu einer Kündigung der bilateralen Verträge führe, sondern sie bestreiten auch ganz generell, dass die Zustimmung zur Initiative die Schweiz isoliere. Daher könnte man den Schluss ziehen, ein Teil der Befürworter sei sich der Folgen der Initiative für die schweizerische Europapolitik nicht bewusst gewesen. Diese Interpretation wird jedoch von den Antworten auf das Argument widerlegt, man müsse das Risiko einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU eingehen, wenn dies der Preis für die Kontrolle der Zuwanderung sei. Dazu ist die Meinung der Ja-Stimmenden eindeutig: Sie sind grossmehrheitlich der Ansicht, man müsse dieses Risiko eingehen, ungeachtet der tatsächlichen Auswirkungen der Initiative auf die Bilateralen.

Zusammenfassend weist unsere Analyse auf mehrere, sich teilweise ergänzende Erfolgsfaktoren der SVP-Masseneinwanderungsinitiative hin. Erstens zeigt sich ein Einfluss der Abstimmungskampagne. Der Ja-Stimmenanteil ist während der letzten Wochen vor dem Urnengang kontinuierlich gestiegen, und die Argumente der Befürworter fanden viel mehr Anklang als jene der Gegner. Zweitens weisen die Stimmotive der Initiativbefürworter auf ein Unbehagen über die objektive Zunahme der Zuwanderung hin – ein Unbehagen, das durch die starke Politisierung und Mediatisierung dieses Themas möglicherweise verschärft wurde. Drittens war der Urnengang vom 9. Februar von einem Links-Rechts-Gegensatz sowie einem Konflikt zwischen zwei gegensätzlichen Werthaltungen und Ansichten zur nationalen Identität geprägt. Dies weckt Erinnerungen an die EWR-Abstimmung vom

6. Dezember 1992. Viertens war die Abstimmung vom 9. Februar auch Ausdruck materieller Ängste, wie die aussergewöhnlich starke Mobilisierung und Zustimmung zur Initiative durch weniger privilegierte Stimmbürger (in Bezug auf Einkommen, Bildungsstand und wirtschaftliche Situation) zeigt. Der Stimmentscheid von sozio-professionellen Kategorien, die durch die Öffnung der Grenzen bedroht sind oder sich bedroht fühlen (Arbeiter und Angestellte, Selbständigerwerbende), weist in dieselbe Richtung. Zu erwähnen ist aber auch die Sonderrolle des Tessins, wo sich das Unbehagen über die Zunahme der Zuwanderung durch alle sozialen Schichten zieht. Damit verbunden war dieser Urnengang fünftens auch ein Protestvotum. Dies zeigt sich einerseits am Stimmentscheid derer, die dem Bundesrat misstrauen, die sich nicht für die Politik interessieren oder gewöhnlich nicht oder nur selten an Abstimmungen teilnehmen, andererseits an den spontan geäusserten Stimmmotiven einer kleinen Minderheit der Initiativbefürworter. Schliesslich widerspiegelt der Erfolg der SVP-Initiative auch die verminderte Durchschlagskraft des Arguments, dass die bilateralen Verträge für den Wohlstand der Schweiz von grösster Wichtigkeit sind. Dieses Argument, das in den beiden Abstimmungen von 2005 und 2009 zur Zustimmung zur Personenfreizügigkeit beigetragen hatte, fand diesmal kein Gehör (mehr).

Zur Methode

Die Analyse der Abstimmung vom 9. Februar 2014 in diesem Bericht beruht auf den Ergebnissen der VOX-Befragung 114. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch, und das Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 24 Minuten dauerten und von 91 Befragern von zu Hause aus durchgeführt wurden. Das Forschungsinstitut gfs.bern besass dabei als Kontrollinstitut die Möglichkeit, die Interviews ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1511 stimmberechtigte Personen, und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren – Landesteile, Haushalte und in diesen Haushalten lebende Personen, wobei 53.3% der Personen dieser Stichprobe aus der Deutschschweiz, 26.7% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischen Schweiz stammen (ungewichtet). Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1511 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.4\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

Sämtliche verwendete Begriffe beziehen sich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Sprachform.

Tabelle 1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton

	Stimm- beteiligung in (%)	Eisenbahn- infrastruktur (% Ja)	Abtreibungs- finanzierung (% Ja)	Massen- einwanderung (% Ja)
Schweiz	55.8	62.0	30.2	50.3
ZH	57.7	63.1	29.9	47.3
BE	54.1	57.6	32.1	51.1
LU	57.7	61.3	38.1	53.3
UR	49.7	51.5	45.3	58.2
SZ	60.8	49.5	44.3	63.1
OW	60.3	52.3	41.6	59.1
NW	60.3	51.6	39.7	58.8
GL	50.9	50.9	35.8	59.4
ZG	61.1	63.9	33.7	49.9
FR	56.0	58.6	23.7	48.5
SO	55.4	53.4	34.7	54.6
BS	56.5	72.3	24.6	39.0
BL	55.0	63.0	29.7	50.6
SH	70.5	53.4	35.0	58.1
AR	57.7	55.7	39.8	54.4
AI	52.3	51.5	50.9	63.5
SG	55.5	57.8	42.4	55.9
GR	52.2	64.6	33.7	50.6
AG	55.2	55.4	36.1	55.2
TG	53.3	54.2	40.9	57.8
TI	57.0	71.8	32.7	68.2
VD	58.0	73.9	10.9	38.9
VS	61.5	60.0	29.2	48.3
NE	55.4	68.7	16.2	39.3
GE	57.4	76.6	13.8	39.1
JU	51.4	64.9	20.3	44.1

Quelle: <http://www.admin.ch> (vorläufige Ergebnisse)

1. BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG

Am 9. Februar 2014 gelangten drei Vorlagen auf Verfassungsstufe vor das Schweizer Volk: der Bundesbeschluss «Über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur» (FABI) als direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»; die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», die eine Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der Grundversicherung anstrebte; die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung», welche die Wiedereinführung von Kontingenten für ausländische Arbeitskräfte verlangte, um die Migrationsströme zu begrenzen und um der Schweiz eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung zu ermöglichen.

Die drei Vorlagen wurden unterschiedlich aufgenommen. Der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur wurde deutlich angenommen (62% der Stimmenden und – mit einer Ausnahme – alle Kantone), und die Volksinitiative über die Abtreibungsfinanzierung wurde abgeschmettert (69.8% Nein und alle Kantone mit Ausnahme eines Halbkantons). Die SVP-Volksinitiative über die Einwanderung wurde ihrerseits vom Volk hauchdünn (50.3%), aber von den Ständen mit klarer Mehrheit (vierzehneinhalb gegen achteinhalb Kantone) angenommen. Somit wurden Bundesrat und Parlamentsmehrheit bei den ersten beiden Vorlagen unterstützt, bei der dritten hingegen desavouiert. Die SVP-Initiative war Gegenstand einer ausgesprochen intensiven Kampagne und trug am 9. Februar wesentlich zur ungewohnt hohen Stimmbeteiligung bei (55.8%) – eine der sechs höchsten Beteiligungen seit Anfang der siebziger Jahre.

1.1 Bedeutung der Vorlage

Die Betrachtung der Bedeutung, die die befragten Personen den drei Abstimmungsvorlagen «für das Land» und «für sich selbst» beimessen, bestätigt das ausgesprochen hohe Interesse für die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» (Tabelle 1.1). Auf einer Skala von 0 (keinerlei Bedeutung) bis 10 (sehr grosse Bedeutung) erreichte die SVP-Initiative 8.5 Punkte bei der Bedeutung für das Land und 7.6 bei der persönlichen Bedeutung. Sie liegt damit klar über dem Durchschnitt der Jahre 2006–2012 (6.5 bzw. 5.1). Dem Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur wurde ebenfalls eine ziemlich hohe Bedeutung für das Land beigemessen, während die Volksinitiative über die Abtreibungsfinanzierung als wenig bedeutend eingestuft wurde. Schliesslich bestätigt die deutlich geringere Zahl der leeren Stimmzettel (1.4%, gegenüber 5.2% beim Bundesbeschluss und 4.2% bei der Initiative über die Abtreibungsfinanzierung), dass die SVP-Vorlage die «Lokomotive» unter den Vorlagen war.

Ein Vergleich mit früheren Abstimmungen über ähnlich gelagerte Themen verdeutlicht zusätzlich die sehr hohe (persönliche und nationale) Bedeutung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative: Diese lag über den Werten, die bei den Abstimmungen über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens 2005 und 2009, über den Beitritt zu Schengen-Dublin 2005 und über die Ausschaffungsinitiative 2010 erreicht wurden.

Tabelle 1.1: Bedeutung der Vorlage für das Land und die befragte Person in Prozent der Stimmberechtigten*

Bedeutung für...	Eisenbahninfrastruktur		Abtreibungsfinanzierung		Masseneinwanderung	
	das Land (%)	persönlich (%)	das Land (%)	persönlich (%)	das Land (%)	persönlich (%)
Sehr gering (0,1)	2	10	6	15	1	4
Gering (2–4)	5	20	18	18	2	7
Mittel (5)	17	19	23	17	6	11
Gross (6–8)	54	39	36	27	31	35
Sehr gross (9, 10)	21	12	18	23	60	43
Arithmetisches Mittel (n)	7.0 (1'403)	5.5 (1'456)	5.9 (1'415)	5.6 (1'469)	8.5 (1'472)	7.6 (1'484)

* Die Angaben wurden nach Sprache gewichtet.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

1.2 Stimmbeteiligung

Am 9. Februar 2014 betrug die Stimmbeteiligung 55.8% und lag damit klar über dem Durchschnitt der letzten beiden Jahrzehnte (44%). Die Beteiligung bei diesem Urnengang war die höchste der vergangenen acht Jahre (seit der Abstimmung 2005 über die Teilnahme an Schengen/Dublin, 56.6%) und gehörte zu den sechs höchsten seit Anfang der siebziger Jahre.

Die insgesamt hohe Stimmbeteiligung variiert allerdings stark je nach den persönlichen Merkmalen der Befragten (Tabelle 1.2). Das Alter ist eine klassische Determinante der Stimmbeteiligung, und der Unterschied zwischen den jüngsten Stimmenden (18 bis 29 Jahre) und den über 50-Jährigen war am 9. Februar sehr hoch.¹ Dass die Stimmbeteiligung bei den Ledigen wesentlich niedriger ist als in den anderen Zivilstandskategorien weist in eine ähnliche Richtung, da junge Menschen in der Kategorie der Ledigen überrepräsentiert sind. Ferner ist die auffallend hohe Stimmbeteiligung der Geschiedenen zu einem guten Teil auf die Überrepräsentierung von Menschen gesetzteren Alters in der betreffenden Kategorie zurückzuführen.

¹ Dieses Ergebnis ist jedoch vorsichtig zu bewerten, da Analysen anhand realer Daten in einigen Städten und Kantonen darauf hindeuten, dass die Beteiligung der Jungen – nach Gewichtung – in der VOX-Analyse unterschätzt wird (siehe dazu Sciarini, Pascal und Cappelletti, Fabio «L'abstentionnisme des jeunes n'est pas si inquiétant», Le Temps, 10.04.2014 sowie Sciarini, Pascal, Cappelletti, Fabio und Simon Lanz «Junge stimmen öfter ab als vermutet», Berner Zeitung, 12.04.2014).

Ausserdem war die Stimmbeteiligung vom Bildungsstand abhängig, allerdings nach einem etwas ungewohnten Muster. Während die Stimmbeteiligung in der Regel mit dem Bildungsstand zunimmt, gingen am 9. Februar besonders viele Personen mit geringem Bildungsniveau (obligatorische Schulpflicht) an die Urne.² Die Vertreter dieser Personengruppe, die in unserer Stichprobe nicht zahlreich sind, begaben sich im Durchschnitt häufiger an die Urne als Personen mit einem Lehrabschluss, einer höheren Berufsbildung oder einem Maturaabschluss (letztere Kategorie enthält allerdings viele junge Menschen, die der Urne fernblieben). Einzig die Kategorie der höher Gebildeten (Fachschule oder Technikum, FHS, Universität oder ETH) ging häufiger an die Urne als die Personen mit geringem Bildungsniveau. Ähnlich verhält es sich mit der Stimmbeteiligung nach Einkommen: Die Mobilisierung der Geringverdiener, d.h. Personen mit weniger als 3'000.- Einkommen³, lag über dem Durchschnitt (und war grösser als bei anderen Urnengängen). Schliesslich beteiligten sich auch Personen, die eine Religion praktizieren, und gebürtige Schweizer (im Vergleich zu Eingebürgerten) häufiger an der Abstimmung.

Wie immer war das Interesse an der Politik der zentrale Erklärungsfaktor für die Stimmbeteiligung: 91% der Personen, die sich als «sehr interessiert» bezeichnen, gingen zur Urne, während nur gerade 7% der Personen, die sich «überhaupt nicht» für Politik interessieren, an der Abstimmung teilnahmen. Unter den Anhängern der Regierungsparteien war die Mobilisierung gross, allerdings mit einer Ausnahme: Die CVP-Sympathisanten verhielten sich bei dieser Abstimmung verhältnismässig träge und kamen mit 51% nur auf eine geringfügig höhere Beteiligung als die Parteilosen (46%). Ausserdem variiert die Stimmbeteiligung mit der ideologischen Einstellung, die anhand der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse (0 bis 10) erfasst wurde: Eine massive Mobilisierung fand unter den Personen statt, die sich dem äusseren rechten Rand der politischen Skala zugehörig fühlen (zwischen 8 und 10, 74% Stimmbeteiligung) sowie unter den gemässigten Rechten (Positionen 6 und 7, 70%) und unter den gemässigten Linken (Positionen 3 und 4, 71%). Personen, die sich ganz links auf der Skale einstufen (zwischen 0 und 2, 57%), nahmen wesentlich seltener an der Abstimmung teil, wobei die Beteiligung der (zahlreichen) Personen, die sich in der Mitte ansiedeln (Position 5, 49% Stimmbeteiligung), sogar noch geringer war.

Personen mit geringem Vertrauen in den Bundesrat begaben sich etwas häufiger an die Urne als solche, die ihm vertrauen oder diesbezüglich eine Zwischenposition einnehmen. Die Stimmbeteiligung der misstrauischen Personen war zwar nicht markant höher als jene der Personen, die der Regierung Vertrauen schenken, fällt aber auf, weil es sich dabei um eine ungewohnte Erscheinung handelt: 2005 und 2009 hatten Personen, die dem Bundesrat vertrauen, mindestens gleich häufig oder sogar häufiger abgestimmt als jene, die ihm misstrauen.

² Bei den vorangehenden Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit 2005 und 2009 war dies nicht der Fall. Er betrifft mehrheitlich die Befragten aus der Deutschschweiz und dem Tessin, nicht aber die Befragten aus der Romandie.

³ Auch diese Feststellung gilt für die Deutschschweizer und die Tessiner, nicht aber für die Romands.

Tabelle 1.2: Stimmbeteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen in Prozent der Stimmdenden*

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in %	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	56.6	1513	
Alter			V=.48***
18 bis 29 Jahre	17 ^a	289	
30 bis 39 Jahre	43	303	
40 bis 49 Jahre	63	204	
50 bis 59 Jahre	74	255	
60 bis 69 Jahre	82	218	
70 Jahre und mehr	77	232	
Zivilstand			V=.28***
Ledig	35	370	
Verheiratet/Lebenspartnerschaft	63	897	
Geschieden	80	116	
Verwitwet	55	103	
Bildung			V=.27***
Obligatorische Schulzeit	62	82	
Lehre/Berufsschule	50	563	
Höhere Berufsbildung	59	145	
Matura/Lehramt	31	183	
Höhere Fachschule/Technikum	74	136	
FHS/Universität/ETH	71	383	
Einkommen			V=0.09*
Unter 3'000.-	61	93	
3'000.- bis 5'000.-	51	301	
5'000.- bis 7'000.-	56	349	
7'000.- bis 9'000.-	56	276	
Über 9'000.-	63	317	
Häufigkeit des Kirchgangs			V=.14***
Häufig	76	71	
Gelegentlich	62	311	
Selten oder nie	51	768	
Staatsbürgerlicher Status			V=.09**
Gebürtiger Schweizer	58	1325	
Eingebürgert	43	149	
Interesse für Politik			V=.58***
Überhaupt nicht interessiert	7	125	
Eher nicht interessiert	22	346	
Eher interessiert	68	656	
Sehr interessiert	91	347	

^a Ohne Gewichtung beträgt die Stimmbeteiligung der 18 bis 29-Jährigen 31%.

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in %	n	Korrelationskoeffizient ^a
Parteiverbundenheit			V=.20***
SP – Sozialdemokratische Partei	67	230	
CVP – Christlichdemokratische Partei	51	98	
FDP.Die Liberalen	66	145	
SVP – Schweizerische Volkspartei	67	220	
GPS – Grüne Partei	[85]	[20]	
GLP – Grünliberale	64	53	
Andere Partei	57	169	
Parteilos	46	453	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.22***
Links aussen	57	124	
Links	71	169	
Mitte	49	531	
Rechts	70	249	
Rechts aussen	74	152	
Regierungsvertrauen			V=.09**
Vertrauen der Regierung	54	807	
Weiss nicht	51	192	
Misstrauen der Regierung	62	498	
* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet.			
^a Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe «Zur Methode».			
Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.			
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.			

Weiterführende Betrachtung: multivariate Analyse

Aus den Ergebnissen bezüglich Alter und Zivilstand geht hervor, dass Analysen, welche sich auf die Untersuchung des Zusammenwirkens zwischen einem bestimmten Faktor und dem Stimmentscheid beschränken («bivariate Analysen»), einen Nachteil besitzen: Sie berücksichtigen nicht den Umstand, dass der betreffende Faktor seinerseits mit einem weiteren Faktor verknüpft sein kann. In oben genanntem Beispiel wurde dargestellt, dass Ledige in der Regel jung sind und dass ihre schwache Stimmbeteiligung vermutlich mit ihrem jungen Alter – und nicht mit ihrem Zivilstand – zusammenhängt. Anhand einer multivariaten Analyse, die mehrere Erklärungsfaktoren einbezieht, lässt sich dieses Problem überwinden, und man kann die spezifische Wirkung jedes einzelnen Faktors messen. Bei einer solchen Analyse wird die Wirkung eines Faktors unter Kontrolle der übrigen Faktoren gemessen. Auf diese Weise entsteht ein nuancierteres Bild, das die Unterschiede zwischen den Kategorien von Stimmenden präziser wiedergibt, so dass man beispielsweise überprüfen kann, ob der Zivilstand «ledig» unabhängig vom Alter einen Einfluss auf die Stimmbeteiligung hat, oder ob sich dieser Einfluss im Gegenteil nur aus dem jüngeren Alter der Ledigen ergibt.

Die Ergebnisse der von uns durchgeführten multivariaten Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Wie in obigem Beispiel vermutet wurde, beteiligten sich ledige Personen unter Kontrolle des Alters nicht weniger häufig an der Abstimmung als Verheiratete oder geschieden/getrennt lebende Personen. Eine geringere Beteiligung wurde einzig bei verwitweten Personen festgestellt. Ferner bestätigte die Analyse den beträchtlichen Einfluss des Alters auf die Stimmbeteiligung. Diese steigt mit zunehmendem Alter linear an. Dass Eingebürgerte weniger zahlreich an die Urne gingen als gebürtige Schweizer und dass die Wirkung von Bildungsstand und Einkommen kurvenförmig verläuft, wurde durch die Analyse ebenfalls bestätigt: Personen mit mittlerem Bildungsniveau nahmen weniger teil als solche mit geringer Bildung (obligatorische Schulpflicht) oder mit hohem Bildungsstand (höhere Fachschule/Technikum, FHS/Universität/ETH). Ausserdem wiesen Personen mit mittlerem Einkommen eine geringere Stimmbeteiligung auf als solche mit sehr niedrigem oder hohem Einkommen. Schliesslich nahm die Stimmbeteiligung auch mit der Religiosität zu. Diese Resultate verlieren auch dann ihre Gültigkeit nicht, wenn die Parteiverbundenheit, die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala oder das Interesse an der Politik zusätzlich in die Analyse einbezogen werden.

1.3 Meinungsbildung – Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung und Entscheidungszeitpunkt

Aus den Antworten auf die Frage nach dem Entscheidungszeitpunkt geht hervor, dass der Stimmentcheid bei allen drei Vorlagen wohl bereits relativ früh feststand (Tabelle 1.3). Für fast die Hälfte der Stimmenden war «von Anfang an klar», wie sie sich bei den beiden Initiativen entscheiden würden. Weniger als 10% der Stimmenden gaben an, ihren Entscheid in der letzten Woche vor der Abstimmung gefällt zu haben. Beim Bundesbeschluss über die Finanzierung der Eisenbahnstruktur brauchten die Stimmenden etwas mehr Zeit, um sich zu entscheiden.

Dass ein sehr hoher Anteil Personen bei der SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung» «von Anfang an» oder 3 bis 6 Wochen vor dem Abstimmungstermin klar wussten, wie sie sich entscheiden würden, steht a priori im Widerspruch zum relativ starken Meinungsumschwung, der von den beiden Vorabstimmungsanalysen SRG aufgezeigt wurde. Laut der ersten SRG-Trendanalyse lagen die Stimmabsichten für die Initiative bei 37%, die Nein-Absichten bei 55%, und 8% der Stimmberechtigten waren unschlüssig. Die zweite SRG-Umfrage zeigte einen Anstieg der Unterstützung für die Initiative um 6 Prozentpunkte (auf 43%) und einen Rückgang der Nein-Absichten um 5 Prozentpunkte (auf 50%). Diese Entwicklung zugunsten des Ja setzte sich fort und endete am Abstimmungssonntag mit einer äusserst knappen Mehrheit.

Eine nähere Betrachtung ergibt, dass die Ergebnisse der VOX-Befragung auf einen identischen Trend hinweisen. Die Analyse des Stimmverhaltens in Abhängigkeit vom Entscheidungszeitpunkt weist klar auf ein Fortschreiten des Ja hin: Während nur eine Minderheit der Personen, für die der Stimmentscheid «von Anfang an klar» war, ein Ja einlegten (42%), stimmte eine Mehrheit jener, die sich 3 bis 6 Wochen beziehungsweise 1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung entschieden, mit Ja (57% respektive 56%), und der Ja-Anteil nimmt unter den Personen, die sich in den letzten Tagen vor der Abstimmung entschieden, weiter zu

(66%). Zusammen mit den SRG-Umfragen unterstreicht dieses Ergebnis, dass in den letzten Wochen des Abstimmungskampfs eine Dynamik entstand, die für die SVP von Vorteil war und der Initiative am 9. Februar schliesslich zum Durchbruch verhalf. Obgleich die Zahl der Spätereisende laut Umfrage gering war, gab ihre klare Unterstützung möglicherweise den Ausschlag für den Erfolg der Initiative.⁵

Es sei angemerkt, dass die oben beschriebene Dynamik für die Deutschweizer und für die Romands gilt (bei letzteren steigt der Ja-Anteil zur Masseneinwanderungsinitiative linear mit der Nähe zum Abstimmungstag: von 35% für jene, die «von Anfang an» klar wussten, wie sie abstimmen würden, auf 62% für jene, deren Stimmentscheid in den letzten Tagen vor dem Urnengang zustande kam), nicht aber für die Tessiner, die sich diesbezüglich vollkommen anders verhielten. Tatsächlich erreichte die Unterstützung für die Initiative Spitzenwerte (82%) bei den Stimmenden, für die der Entscheid «von Anfang an klar» war, ging aber bei den Spätereisenden, deren Entschluss in den letzten Wochen oder Tagen vor der Abstimmung fiel, deutlich zurück (rund 60%). Im Tessin war die Abstimmung demnach lange vor dem 9. Februar gelaufen.

Eine deutliche Mehrheit der Stimmenden gibt für die drei Vorlagen – insbesondere für die Volksinitiative über die Abtreibungsfinanzierung – an, die Meinungsbildung sei «eher leicht» gefallen. Die Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung lag bei der Einwanderungsinitiative zwischen den Werten, die für die Freizügigkeitsabkommen 2005 und 2009 ermittelt wurden (32% respektive 22%).

Tabelle 1.3: Entscheidzeitpunkt und Schwierigkeit der Meinungsbildung in Prozent der Stimmenden*

	Eisenbahninfrastruktur (%)	Abtreibungsfinanzierung (%)	Masseneinwanderung (%)
Entscheidzeitpunkt*			
Von Anfang an klar	37	49	46
3 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	31	26	26
1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	24	20	20
Letzte Woche vor der Abstimmung	8	5	8
Schwierigkeit bei der Entscheidung*			
Eher leicht	70	88	69
Unentschieden, weiss nicht	6	2	3
Eher schwierig	24	10	28
* nur Stimmende (N = 1088 bis 1145), Angaben nach Ergebnis der betreffenden Abstimmung gewichtet. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.			

⁵ Eine ergänzende Analyse zeigt, dass sich besonders viele Personen, die sich wenig oder gar nicht für Politik interessieren, spät entschieden, das heisst in den letzten beiden Wochen vor dem Abstimmungssonntag (46% gegenüber einem Durchschnitt von 28%).

2. BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE FINANZIERUNG DER EISENBAHNINFRASTRUKTUR

2.1 Ausgangslage

Der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) ist vor dem Hintergrund der Bemühungen der Bundesbehörden um eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des stark beanspruchten Eisenbahnnetzes der Schweiz zu betrachten. Als direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr», die zurückgezogen worden war, sah die Vorlage unter anderem vor, die Einrichtung eines Bahninfrastrukturfonds (BIF), der aus verschiedenen Quellen gespeist werden soll, auf Verfassungsstufe zu verankern. Dieser einzige, unbefristete Fonds soll an die Stelle des bisherigen, befristeten Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte (FinöV-Fonds) treten, welcher schwerpunktmässig der Finanzierung von Investitionen in den Unterhalt des bestehenden Netzes dient. Laut Vorlage trägt der Bund weiterhin die Hauptlast für die Finanzierung des neuen Fonds, der unter anderem aus allgemeinen Bundesmitteln und aus diversen Steuereinnahmen (LSVA, Anteile der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer) gespeist wird. Dazu sollen neue Finanzierungsquellen in Höhe von rund einer Milliarde Franken jährlich kommen: zusätzliche Beträge der Kantone, (zeitweilig) ein zusätzliches Promille der Mehrwertsteuer sowie für Pendler eine Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer.

Die Vorlage sah einen etappenweisen Ausbau der bestehenden Eisenbahninfrastruktur vor, wobei ein erster Ausbauschnitt bis 2025 bereits vom Parlament beschlossen wurde. Priorität dieser ersten Phase sind Verbesserungen, die zu mehr Platz in den Zügen führen sollen. Über Inhalt und Kostenrahmen der weiteren Schritte wird das Parlament jeweils alle vier bis acht Jahre entscheiden.

Bundesrat und Parlament empfahlen, der Vorlage zuzustimmen (mit 116 zu 33 Stimmen im Nationalrat und 37 zu 0 Stimmen im Ständerat). Mit Ausnahme der SVP unterstützten die grösseren Parteien das Anliegen, und es wurde kein «Referendumskomitee» gebildet.

Der Abstimmungskampf zur FABI-Vorlage verlief verhältnismässig flau. Vermutlich aus diesem Grund blieb die Zustimmungsbereitschaft in den Wochen vor dem Urnengang relativ stabil (rund 56% gemäss beiden SRG-Vorabstimmungsanalysen). Am 9. Februar 2014 sagten schliesslich 62% der Bevölkerung und – mit Ausnahme von Schwyz – alle Kantone Ja zum Bundesbeschluss.

2.2 Das Profil der Stimmenden

Der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur fand breite Zustimmung unter den Personen, die dem Bundesrat grosses Vertrauen entgegenbringen (82% Ja-Stimmen) und wurde nur von 35% der Personen gutgeheissen, die der Bundesregierung nicht vertrauen (Tabelle 2.1). Im linken politischen Lager stiess die Vorlage auf besonders hohe Akzeptanz: 85% der Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala links (d.h. ein Wert zwischen 3 und 4 auf der Skala von 0 bis 10) bis links aussen (Werte von 0 bis 2) positionieren, stimmten für das Vorhaben, während weniger als die Hälfte der Personen, die sich rechts situieren (Werte von 7 bis 8), ein Ja in die Urne legten. Entsprechend wurde die Vorlage von den SP-Sympathisanten grossmehrheitlich unterstützt (87% Ja-Stimmen), aber auch von der CVP-Anhängerschaft (91%). Nur jeder dritte SVP-Sympathisant nahm den Bundesbeschluss an. Mit lediglich 65% Ja-Stimmen folgten die Anhänger der FDP. Die Liberalen der Abstimmungsempfehlung ihrer Partei am wenigsten häufig. Massive Unterstützung fand die Vorlage bei den Sympathisanten der Grünen und der Grünliberalen, wobei dieses Ergebnis aufgrund der geringen Zahl der Befragten, die eine Verbundenheit mit diesen beiden Parteien angaben, mit Vorsicht zu betrachten ist.

Mit Blick auf die Wertvorstellungen gilt, dass die Vorlage von Personen, die für eine Zentralisierung (mehr Macht dem Bund, 73% Ja-Stimmen), für eine modernere Schweiz (82% Ja-Stimmen) und, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, für den Umweltschutz (68% Ja-Stimmen) eintreten, besonders kräftig unterstützt wurde.

Tabelle 2.1: Eisenbahninfrastruktur – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	61.6	1013	
Regierungsvertrauen			V=.46***
Vertrauen	82	486	
Weiss nicht	71	111	
Misstrauen	35	415	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.34***
Links aussen	85	82	
Links	85	185	
Mitte	65	305	
Rechts	48	224	
Rechts aussen	41	138	
Parteiverbundenheit			V=.55***
SP – Sozialdemokratische Partei	87	166	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	91	55	
FDP. Die Liberalen	65	115	
SVP – Schweizerische Volkspartei	32	189	
GPS – Grüne Partei	(100)	(18)	
GLP – Grünliberale Partei	(100)	(39)	
Andere Partei	62	120	
Keine Partei	50	265	
Wertvorstellung: Bund vs. Kantone			V=.23***
Mehr Macht für den Bund	73	242	
Geteilter Meinung	67	403	
Mehr Macht für die Kantone	46	326	
Wertvorstellung: modern vs. traditionell			V=.32***
Für eine moderne Schweiz	82	332	
Geteilter Meinung	55	494	
Für eine traditionelle Schweiz	40	179	
Wertvorstellung: Umwelt vs. Wirtschaft			V=.16***
Für den Umweltschutz	68	424	
Geteilter Meinung	62	452	
Für den wirtschaftlichen Wohlstand	42	112	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.

^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».

Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

Eine Betrachtung nach soziodemografischen Faktoren (Tabelle 2.2) ergibt, dass insbesondere junge Menschen für das Anliegen stimmten (75% Ja-Stimmen in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen), während sich bloss 50% der 50- bis 59-Jährigen dafür entschieden. Deutlich geringer war die Zustimmungsbereitschaft unter den Pendlern, die ihre Fahrkosten vom steuerbaren Einkommen abziehen können, und bei den Autobesitzern (55% respektive 60%). Eine Kreuzung dieser beiden Indikatoren ergibt erwartungsgemäss, dass die Unterstützung unter den Pendlern, die ein Auto besitzen, am geringsten war (53%), da es sich hierbei um die Personengruppe handelt, die von einer Annahme der Vorlage am direktesten betroffen ist. Der Ja-Anteil war bei Frauen leicht höher als bei Männern (65% gegenüber 58%) und fiel auch in den städtischen Regionen grösser aus. Schliesslich steigt die Zustimmung auch mit dem höheren Haushaltseinkommen und mit dem höheren Bildungsstand der Stimmenden (insbesondere Universitätsabschluss), doch auch Stimmende mit Maturaabschluss entschieden sich häufiger für die Vorlage.

Tabelle 2.2: Eisenbahninfrastruktur – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	61.6	1013	
Alter			V=.15***
18 bis 29 Jahre	75	51	
30 bis 39 Jahre	59	140	
40 bis 49 Jahre	68	152	
50 bis 59 Jahre	50	250	
60 bis 69 Jahre	65	209	
70 Jahre und mehr	66	211	
Pendler (gemäss Steuerabzug für berufsbedingte Fahrkosten)			V=.11***
Ja	55	345	
Nein	65	626	
Autobesitzer			V=.11***
Ja	60	882	
Nein	75	112	
Pendlertyp			V=.15***
Nichtpendler/besitzt kein Auto	78	81	
Pendler/besitzt kein Auto	(68)	(38)	
Nichtpendler/besitzt ein Auto	64	537	
Pendler/besitzt ein Auto	53	307	
Geschlecht			V=.07*
Mann	58	516	
Frau	65	498	
Wohnort			V=.12***
Grossstadt	70	260	
Mittelgrosse/kleine Stadt	62	440	
Land	55	313	
Haushaltseinkommen (Fr./Monat)			V=.11*
Weniger als 3000	48	62	
3–5000	54	184	
5–7000	62	239	
7–9000	67	183	
Mehr als 9000	64	252	
Bildungsstand			V=.18***
Obligatorische Schulzeit	55	58	
Lehre/Berufsschule	55	337	
Höhere Berufsbildung	56	102	
Matura/Lehramt	83	54	
Höhere Fachschule/Technikum	54	133	
FHS/Universität/ETH	71	324	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.

^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».

Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

2.3 Wahrnehmung der Vorlage

Die Befragten wurden aufgefordert, den Inhalt der Vorlage zu beschreiben; dabei führten sie vor allem folgende Aspekte an: Ausbau der Bahninfrastruktur und Förderung des öffentlichen Verkehrs (44%) sowie generell die Anliegen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Bahnverkehrs (21%) (Tabelle 2.3). Ein kleines Prozent gab an, es gehe bei der Vorlage um die Zunahme der Transportkosten, und jede dritte Person gab eine Antwort, die nicht korrekt oder nicht klar war. Dass der entsprechende Anteil unter den Nichtstimmenden höher war (51%), überrascht nicht.

Tabelle 2.3: Eisenbahninfrastruktur – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Ausbau der Infrastruktur, öffentlicher Verkehr	44	664	51	434	34	223
Finanzierungsfonds, Bahnfinanzierung	21	313	26	220	14	91
Transportkosten (Zunahme)	1	15	1	7	1	8
Weiss nicht, keine Antwort, zu vage	34	521	22	189	51	329
Total	100	1513	100	850	100	651

* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

2.4 Die Stimmotive

Als wichtigsten Beweggrund für die Annahme der Vorlage (Tabelle 2.4) nannten die Befragten spontan die Unterstützung für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (62% der Erstnennungen und 94% insgesamt, wobei die Befragten bis zu sechs verschiedene Gründe angeben konnten). Die übrigen Zustimmungsründe waren klar nachrangig.

Die Ablehnungsgründe sind hingegen vielfältiger. So bezogen sich 35% der Erstnennungen auf überhöhte Kosten des Vorhabens (60% aller Nennungen zusammen), 19% betrafen eine Ablehnung des Grundsatzes der Mitfinanzierung durch Autobesitzer. 16% der Befragten monierten, die gegenwärtige Situation sei befriedigend.

Tabelle 2.4: Eisenbahninfrastruktur – Motive der Stimmenden (Mehrfachantworten möglich)*

Spontan geäußerte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		Alle Nennungen**	
	%	n	%	n
JA-Stimmende				
Allgemeine Gründe für das Ja	11	70	20	125
Für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur	62	383	94	585
Für die Einrichtung des Infrastrukturfonds	7	41	13	83
Ethische oder moralische Gründe (Umwelt, Zukunft)	1	8	8	49
Gründe betreffend das Verhältnis Strasse-Schiene (überlastete Strassen, Beitrag der Autofahrer)	4	23	16	102
Persönliche Zustimmungsründe (Pendler, besitzt kein Auto, arbeitet bei den SBB)	10	60	17	103
Andere Gründe für das Ja	3	18	5	30
Weiss nicht/keine Antwort	3	20	21	129
Total	100	623	193	1205
NEIN-Stimmende				
Allgemeine Gründe für das Nein	18	70	33	130
Gegen die Finanzierung durch Autofahrer (zahlen bereits genug)	19	75	29	114
Räumt dem öffentlichen Personenverkehr zu viel Bedeutung ein	5	17	17	64
Zu hohe Kosten	35	135	60	233
Allgemeine Kritikgründe gegen das Projekt (gegenwärtige Situation befriedigend)	16	61	29	115
Andere Gründe für das Nein	4	17	5	19
Weiss nicht/keine Antwort	4	14	60	234
Total	100	389	233	909

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
** Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die Pro- und Kontra-Argumente wurden relativ unterschiedlich aufgenommen (Tabelle 2.5). Die Argumente für die Vorlage führten zu einer Polarisierung der Wählerschaft. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, dass sie von den Ja-Stimmenden stark unterstützt und von den Nein-Stimmenden deutlich zurückgewiesen wurden. Dies trifft speziell auf das zweite Argument zu («Die Finanzierung des neuen Bahninfrastrukturfonds ist gerecht»), das von 90% der Ja-Stimmenden gutgeheissen und von 60% der Nein-Stimmenden abgelehnt wurde. Das dritte Argument, wonach die vorgesehenen zusätzlichen Mittel bessere Bahnverbindungen bringen würden, wurde von den Befürwortern der Vorlage kräftig bejaht, aber auch von 50% der Personen bestätigt, die ein Nein in die Urne legten.

Die Gegenargumente zur Vorlage haben weit weniger polarisiert und sind in der Bevölkerung nur auf ein geringes Echo gestossen. Dementsprechend wurde das erste Argument («Die Vorlage führt zu einer Zementierung der Umverteilung von der Strasse hin zur Schiene») von den Befürwortern und Gegnern der Vorlage beinahe in gleichem Masse unterstützt (49% gegenüber 51%). Ebenso überzeugte das Argument, die Autofahrer würden durch die neue Regelung über Gebühr zur Kasse gebeten, sowohl 63% der Gegner als auch 51% der Befürworter der Vorlage.

Einzig das dritte Argument, die Kosten der Projekte seien überrissen, vermochte eine schwache Polarisierung hervorzurufen. Es wurde von 68% der Nein-Stimmenden bestätigt und von 57% der Ja-Stimmenden zurückgewiesen.

Tabelle 2.5: Eisenbahninfrastruktur – Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent*

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Verfassungsänderung ist notwendig, um den wachsenden Schienenverkehr zu bewältigen	Total	66	25	10
	Ja	84	8	8
	Nein	37	50	13
Die Finanzierung des neuen Bahninfrastrukturfonds ist gerecht, alle müssen sich daran beteiligen	Total	69	27	4
	Ja	90	7	3
	Nein	35	60	5
Die zusätzlichen Mittel sichern sowohl den Zentren als auch den ländlichen Regionen bessere Verbindungen und stärken das Schweizer Bahnnetz	Total	76	18	7
	Ja	91	5	3
	Nein	50	38	12
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Vorlage zementiert die Umverteilung von der Strasse hin zur Schiene	Total	50	43	8
	Ja	49	43	8
	Nein	51	43	6
Autofahrer werden mit der Beschränkung des Pendler-Abzugs und mit der höheren Mineralölsteuer zur Kasse gebeten	Total	56	36	8
	Ja	51	41	8
	Nein	63	29	8
Umfang und Kosten der Projekte sind überrissen, nicht jede hinterste Ecke in der Schweiz braucht neue Anbindungen	Total	46	43	10
	Ja	33	57	11
	Nein	68	22	10

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. Ergebnisse in Prozent online. Deutungsbeispiel: 66% aller Stimmenden (84% der Ja-Stimmenden, 37% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem ersten Argument an (Notwendigkeit der Verfassungsänderung zur Bewältigung des wachsenden Bahnverkehrs), 25% (8% der Ja-Stimmenden und 50% der Nein-Stimmenden) waren damit nicht einverstanden und 10% (8%; 13%) waren unentschieden. n Total der Stimmenden, die eine Antwort gegeben haben = zwischen 1001 und 1007 je nach Argument (gewichtet).

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

3. VOLKSINITIATIVE «ABTREIBUNGSFINANZIERUNG IST PRIVATSACHE»

3.1 Ausgangslage

Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz ein heikles und politisch umstrittenes Thema, über das bereits mehrere Volksabstimmungen stattgefunden haben.⁶ Von 1942 bis 2002 war ein Abbruch der Schwangerschaft nur erlaubt, wenn eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit der schwangeren Frau bestand. Erst 2002 hiess das Schweizer Volk mit einer grossen Mehrheit von 72.2% die «Fristenregelung» gut, durch die ein Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen ab dem ersten Tag der letzten Monatsblutung unter gewissen Bedingungen möglich und von der Krankenversicherung bezahlt wurde.

Die 2010 von einem parteiübergreifenden Komitee lancierte Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» stellt diese Regelung teilweise in Frage. Vorbehaltlich gewisser Ausnahmen sollten Schwangerschaftsabbruch und Mehrlingsreduktionen aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung gestrichen werden.

Bundesrat und Parlament sprachen sich (mit 155 Stimmen gegen 33 und 7 Enthaltungen im Nationalrat bzw. mit 37 Stimmen gegen 5 im Ständerat) gegen die Volksinitiative zur Abtreibungsfinanzierung aus und verzichteten auf einen Gegenvorschlag. Mit Ausnahme von SVP, EVP und EDU empfahlen sämtliche Parteien die Ablehnung der Initiative.⁷ Dasselbe gilt für den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, die Schweizerischen Frauenvereine, die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte und den Schweizerischen Hebammenverband. Nach einer ausgesprochen flauen Abstimmungskampagne lehnten 69.8% der Stimmenden und (mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden) sämtliche Kantone das Anliegen ab.

3.2 Das Profil der Stimmenden

Den grössten Einfluss auf den Stimmentscheid übte die Parteiverbundenheit aus (Tabelle 3.1). Die Sympathisanten sämtlicher Regierungsparteien folgten der Abstimmungsparole ihrer bevorzugten Partei. Demnach stimmte die SVP-Anhängerschaft mehrheitlich für die

⁶ 1977 verwarf das Volk die so genannte Initiative über die Fristenlösung. 1978 lehnte es das Bundesgesetz über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs und 1985 die Initiative «Recht auf Leben» ab, die unter anderem ein Abtreibungsverbot anstrebte. 2002 wurde die Initiative «Für Mutter und Kind», zurückgewiesen, die de facto ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs bezweckte.

⁷ Innerhalb der SVP herrschte keine Einstimmigkeit über die Vorlage: Fünf kantonale Sektionen und die SVP-Frauen setzten sich über die Abstimmungsparole der nationalen Partei hinweg.

Initiative (57% Ja-Stimmen), während die Sympathisanten aller übrigen Parteien und die Parteiungebundenen ein klares Nein in die Urne legten. Der Vergleich mit dem Urnengang von 2002 zeigt eine Umkehr des Stimmverhaltens der SVP- und CVP-Sympathisanten. Während sich die SVP-nahe Wählerschaft 2002 noch mehrheitlich (59% Ja-Stimmen) für die Fristenlösung entschieden hatte, war die CVP-Anhängerschaft damals eindeutig dagegen gewesen (35% Ja-Stimmen). Die CVP als damalige Initiatorin des Referendums gegen die Fristenlösung (2002) kämpfte diesmal für die Aufrechterhaltung der bestehenden Regelung und lehnte die Initiative für die private Finanzierung der Abtreibung entschieden ab. Die meisten CVP-Anhänger folgten diesem Kurswechsel ihrer Partei, wenngleich sie das Anliegen deutlich stärker bejahten (39%) als die Sympathisanten der SP (15%) und der FDP/Die Liberalen (21%). Die Analyse der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Achse bestätigt die Bedeutung der ideologischen Einstellung für das Stimmverhalten: Je weiter man auf der politischen Skala von links nach rechts vorstösst, desto mehr steigt die Zustimmung für das Volksbegehren. Dennoch fand die Initiative nur bei Personen eine Mehrheit, die sich dem äusseren rechten Rand der politischen Skala zugehörig fühlen (Positionen 8 bis 10 auf der Skala, 57% Ja-Stimmen).

Zudem waren das Vertrauen in die Regierung sowie verschiedene Wertvorstellungen mitentscheidend für den Grad der Zustimmung zur Initiative. Obwohl keine Mehrheit erreicht wurde, legten deutlich mehr Personen, die der Regierung kein Vertrauen schenken, ein Ja in die Urne als solche, die der Regierung vertrauen. Bei den Wertvorstellungen gilt, dass Personen, die für eine traditionelle Schweiz eintreten, häufiger mit Ja stimmten als die Verfechter einer modernen Schweiz (44% Ja-Stimmen gegen 17% Ja-Stimmen). Alles in allem stiess die Initiative bei Personen mit traditionellen Wertvorstellungen auf mehr Sympathie: So stimmten Personen, die sehr auf Ruhe und Ordnung bedacht sind, eine starke Armee wünschen, eine verschlossene Schweiz und eine Bevorzugung der Schweizer gegenüber den Ausländern wollen, häufiger für die Vorlage als solche, die entgegengesetzte Wertvorstellungen haben (keine Angabe der Ergebnisse). Obgleich Frauen direkter von der Initiative betroffen waren, hielten sich die Befürworter und Gegner einer aktiven Frauenförderung fast die Waage.

Tabelle 3.1: Abtreibungsfinanzierung – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	31.0	1052	
Parteiverbundenheit			V=.42***
SP – Sozialdemokratische Partei	15	191	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	39	64	
FDP/Die Liberalen	21	116	
SVP – Schweizerische Volkspartei	57	194	
GPS – Grüne Partei	(0)	(19)	
GLP – Grünliberale Partei	(13)	(40)	
Andere Partei	36	121	
Keine Partei	27	249	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.33***
Links aussen	7	86	
Links	15	209	
Mitte	28	312	
Rechts	40	223	
Rechts aussen	57	150	
Regierungsvertrauen			V=.25***
Vertrauen	21	529	
Weiss nicht	27	118	
Misstrauen	46	403	
Wertvorstellung: modern vs. traditionell			V=.22***
Für eine moderne Schweiz	17	351	
Geteilter Meinung	36	504	
Für eine traditionelle Schweiz	44	186	
Wertvorstellung: Chancengleichheit Mann-Frau			V=.11**
Für aktive Frauenförderung	23	298	
Geteilter Meinung	33	232	
Gegen aktive Frauenförderung	35	505	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».
 Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.
 © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

Nur wenig Aufschluss lieferten die soziodemografischen Variablen (Tabelle 3.2). Geschlecht, Alter und Wohnort hatten keine nennenswerten Auswirkungen auf die Zustimmungsbereitschaft. Auch Zivilstand, Sprache⁸, Bildungsniveau und das Haushaltseinkommen hatten nur einen geringen Einfluss auf das Stimmverhalten – Geschiedene, Deutschschweizer, Personen mit niedrigem Bildungsstand und Geringverdiener wiesen zwar die höchsten Ja-Anteile auf, aber die Vorlage wurde dennoch von sämtlichen Gruppen bachab geschickt.

Frühere Abstimmungen über den Schwangerschaftsabbruch hatten tiefe gesellschaftliche Spaltungen auf Grund der religiösen Zugehörigkeit hervorgerufen. So hatte die Konfession 1977 anlässlich der ersten Abstimmung über die so genannte Fristenregelung den Ausschlag gegeben: 72% der Katholiken hatten ein Nein in die Urne gelegt, aber nur ein Drittel der Protestanten. 2002 stimmten die Katholiken der Fristenregelung grossmehrheitlich zu (64% Ja-Stimmen), jedoch weniger deutlich als die Protestanten (79% Ja-Anteil). Trotz der Abschwächung des konfessionellen Grabens unterschied sich das Stimmverhalten der häufigen Kirchgänger sehr stark von jenem der Personen, die ihre Religion selten oder gar nicht praktizieren. 2014 wirkte sich die Konfession nicht mehr auf den Stimmentscheid aus. Allerdings ging es hier nicht mehr um die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, sondern lediglich um dessen Finanzierung. Die religiöse Praxis spielte zwar noch eine Rolle – als einzige soziodemografische Gruppe nahmen die häufigen Kirchgänger die Vorlage an (52% Ja-Stimmen) –, doch sie hat stark an Bedeutung eingebüsst.

⁸ Anmerkung: Die verwendete Variable erfasst die Sprache, in der das Interview durchgeführt wurde, nicht die Sprachregion. In seltenen Fällen entspricht folglich die Interviewsprache nicht der Amtssprache des jeweiligen Kantons.

Tabelle 3.2: Abtreibungsfinanzierung – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	31.0	1052	
Sprache			V=.14***
Deutschschweizer	34	819	
Westschweizer	18	203	
Tessiner	(32)	(31)	
Zivilstand			V=.14***
Ledig	24	159	
Verheiratet/Lebenspartnerschaft	29	694	
Geschieden	47	121	
Verwitwet	37	71	
Bildungsstand			V=.18***
Obligatorische Schulzeit	44	66	
Lehre/Berufsschule	36	348	
Höhere Berufsbildung	38	104	
Matura/Lehramt	29	66	
Höhere Fachschule/Technikum	37	131	
FHS/Universität/ETH	19	330	
Einkommen			V=.13**
Unter 3'000.–	44	69	
3'000.– bis 5'000.–	37	191	
5'000.– bis 7'000.–	36	246	
7'000.– bis 9'000.–	29	192	
Über 9'000.–	24	254	
Konfession			V=.12 n.s.
Protestantisch	30	435	
Katholisch	32	368	
Andere Religion	(48)	(40)	
Konfessionslos	29	210	
Häufigkeit des Kirchgangs			V=.17***
Häufig	52	69	
Gelegentlich	33	243	
Selten oder nie	25	477	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.
 © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

3.3 Wahrnehmung der Vorlage

Wie der Titel der Vorlage besagte, ging es den Initianten um die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs (private Finanzierung anstelle der Kostenübernahme durch die obligatorische Krankenkasse). Fast alle Stimmenden (und sogar zwei Drittel der Nichtstimmenden) konnten den Abstimmungsgegenstand korrekt umschreiben (Tabelle 3.3). Nur eine kleine Minderheit nannte andere Aspekte, namentlich Rechte oder Kosten im Zusammenhang mit der Abtreibung, oder konnte den Inhalt nur der Spur nach wiedergeben. Unter den Nichtstimmenden lag der Anteil der unpräzisen Antworten erwartungsgemäss höher (32%).

Tabelle 3.3: Abtreibungsfinanzierung – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der befragten Personen (nur Erstnennungen)*

Wahrnehmung	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Finanzierung der Abtreibung	78	1174	87	744	65	422
Rechte im Zusammenhang mit der Abtreibung	2	28	2	20	1	8
Kosten der Krankenkasse	0	4	1	4	0	0
Moralische und gesellschaftspolitische Gründe	2	22	2	15	1	8
Sonstige Antworten	0	8	1	5	1	3
Weiss nicht, keine Antwort, zu vage	18	277	7	63	32	210
Total	100	1513	100	851	100	651

* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

3.4 Stimmotive

Zwei von fünf Befürworter der Initiative (40%) nannten als wichtigstes Stimmotiv spontan, Abtreibung sei Privatsache (Tabelle 3.4). Dieses Stimmotiv ist mit dem Hauptargument des Initiativkomitees identisch. Mit Blick auf alle Nennungen zusammen wurde es sogar von zwei Dritteln der Ja-Stimmenden (66%) angeführt. An zweiter Stelle folgen persönliche und moralische Erwägungen, die auf eine Ablehnung der Abtreibung aus prinzipiellen oder religiösen Gründen verweisen (27% der Erstnennungen und 42% insgesamt). Das finanzielle Argument – Entlastung der Krankenkassen und Senkung der Kosten für die Allgemeinheit – folgt erst an dritter Stelle mit 14% der Erstnennungen und 23% aller Nennungen zusammen.

Die Befragten, die gegen die Initiative gestimmt hatten, nannten ebenfalls zwei wichtige Stimmotive: Erstens das feministische Argument (40% der Erstnennungen und 69% aller Nennungen zusammen), welches das Recht der Frau auf Abtreibung und die Unterstützungspflicht für Frauen in schwierigen Situationen sowie die Mitverantwortung der Männer unterstreicht, zweitens das Solidaritätsprinzip bei der Grundversicherung, das während

der Abstimmungskampagne zu den Kernargumenten des Bundesrats gehörte. Ungefähr ein Drittel der Initiativgegner – respektive mehr als die Hälfte, nimmt man alle Nennungen zusammen – verwies zur Begründung ihres Neins spontan auf diesen Grundsatz.

Tabelle 3.4: Abtreibungsfinanzierung – Motive der Stimmenden (Mehrfachantworten möglich)*

Spontan genannte Stimmotive	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	%	n	%	n
JA-Stimmende				
Abtreibung ist Privatsache (Eigenverantwortung, ausreichender Zugang zu Verhütungsmitteln)	40	131	66	217
Persönliche und moralische Gründe (aus Prinzip gegen die Abtreibung, christliche/religiöse Werte, Abtreibung ist Tötung, Schutz des ungeborenen Lebens)	27	88	42	137
Entlastung der Krankenkassen (Kostensenkung, Streichung aus der obligatorischen Grundversicherung)	14	46	23	76
Allgemeine Gründe für das Ja	4	12	14	44
Andere Gründe für das Ja	12	41	20	64
Weiss nicht/keine Antwort	3	8	59	191
Total (Ja-Stimmende)	100	326	224	729
NEIN-Stimmende				
Frauen nicht benachteiligen (Frauenrechte, Frauen in schwierigen Lebenslagen helfen, Mitverantwortung der Männer)	40	294	69	501
Solidaritätsprinzip der Krankenversicherung (Solidarität für alle, Solidarität auch in anderen Fällen wie Alkohol und Tabak, geringe Kosten)	31	224	55	396
Mögliche Folgen der Initiative (löst das Problem nicht, Ausweichen auf qualitativ fragwürdige Eingriffe, Verschiebung des Problems auf ungewollte Kinder)	4	26	12	88
Allgemeine Gründe für das Nein	17	120	26	188
Andere Gründe für das Nein	6	44	8	59
Weiss nicht/keine Antwort	2	16	57	414
Total (Nein-Stimmende)	100	726	227	1646

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
* Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die ersten beiden Argumente für die Initiative zur Abtreibungsfinanzierung haben stark polarisiert, das heisst, dass sie durch die Initiativbefürworter grossmehrheitlich akzeptiert, von den Gegnern aber ebenso klar abgelehnt wurden (Tabelle 3.5). Sowohl das Argument, Schwangerschaft sei keine Krankheit und die Abtreibung somit nicht Teil der obligatorischen Grundversicherung, als auch die Ansicht, niemand könne verpflichtet werden, den Schwangerschaftsabbruch anderer mitzufinanzieren, wurden von 83% der Anhänger der Initiative gutgeheissen und in ähnlich hohem Masse von den Gegnern der Vorlage abgelehnt. Hingegen wurde das dritte Argument des Initiativkomitees von den Stimmenden mehrheitlich gutgeheissen. Obwohl die Initiative von ihren Gegnern während der Abstimmungskampagne oftmals als verdeckter Angriff gegen die Fristenregelung bezeichnet wurde, teilten sogar die Nein-Stimmenden mehrheitlich (53%) die Auffassung, die Initiative ziele nicht auf ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs ab, sondern bezwecke lediglich eine Änderung seiner Finanzierung.

Dem Abstimmungsergebnis entsprechend fanden die Gegenargumente zur Vorlage breite Zustimmung. Besonders überzeugend wirkte das dritte Argument, die geltende Regelung habe sich bewährt und solle deshalb nicht aufgegeben werden: Die Initiativgegner befürworteten es praktisch einhellig (92%), und es wurde sogar von 45% der Ja-Stimmenden unterstützt. Das zweite Argument fand selbst unter den Personen eine Mehrheit, die ein Ja in die Urne legten. Hingegen konnte sich beinahe ein Drittel (30%) der Ja-Stimmenden weder für noch gegen das Argument entscheiden, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sei in der Schweiz gering und stabil. Dieselbe Feststellung gilt für die Personen, die gegen die Initiative stimmten: Eine Mehrheit (74%) hiess dieses Argument gut, viele (22%) konnten sich aber nicht positionieren. So gesehen handelt es sich hier wohl um das schwächste Argument der Nein-Kampagne. Der Grundsatz der Solidarität in der Krankenversicherung, das erste Argument gegen die Initiative, hat die Stimmenden gespalten. Während 73% der Nein-Stimmenden dieses Argument befürworteten, bestritt eine Mehrheit der Initiativbefürworter, dass die Vorlage eine Gefährdung des Solidaritätsprinzips zwischen allen Krankenversicherten mit sich bringe.

Tabelle 3.5: Abtreibungsfinanzierung – Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent*

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Schwangerschaft ist keine Krankheit, also gehört die Abtreibung nicht in die obligatorische Grundversicherung.	Total	36	62	2
	Ja	84	15	1
	Nein	15	83	2
Niemand soll verpflichtet werden, mit seinen Krankenversicherungsprämien die Abtreibung anderer mitzufinanzieren.	Total	37	61	2
	Ja	83	14	3
	Nein	16	82	2
Der Schwangerschaftsabbruch wird nicht verboten, lediglich die Finanzierung wird geändert.	Total	63	33	4
	Ja	86	13	1
	Nein	53	42	5
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Aus moralischen Gründen gewisse Behandlungen aus dem Leistungskatalog zu streichen gefährdet den Grundsatz der Solidarität zwischen den Versicherten.	Total	62	32	6
	Ja	36	56	8
	Nein	73	22	5
Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in der Schweiz ist tief und stabil.	Total	68	8	24
	Ja	53	17	30
	Nein	74	4	22
Die geltende Regelung hat sich bewährt und soll nicht aufgegeben werden.	Total	77	18	5
	Ja	45	47	8
	Nein	92	4	4

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. Ergebnisse in Prozent online. Deutungsbeispiel: 36% aller Stimmenden (84% der Ja-Stimmenden, 15% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem ersten Argument an, 62% (15% der Ja-Stimmenden und 83% der Nein-Stimmenden) waren dagegen und 2% (1%; 2%) waren unentschieden. n Total der Stimmenden, die eine Antwort gegeben haben = 1036 bis 1045.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

4. VOLKSINITIATIVE «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»

4.1 Ausgangslage

Die Schweiz ist seit vielen Jahren ein Anziehungspunkt für zahlreiche ausländische Arbeitnehmende. Die Einführung des Personenfreizügigkeitsabkommens brachte ab 2002 eine schrittweise und 2007 eine vollständige Personenfreizügigkeit für Angehörige der EU-Mitgliedstaaten und verstärkte diesen Trend. Die entsprechend deutliche Zunahme der Einwanderung trug in den letzten Jahren wesentlich zum Wachstum der Schweizer Wirtschaft bei.

Die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» wurde von der SVP im Sommer 2011 vor dem Hintergrund der Kampagne für die nationalen Parlamentswahlen lanciert und am 14. Februar 2012 hinterlegt. Sie will der Schweiz eine eigenständige Regulierung ihrer gesamten Einwanderung ermöglichen und fordert dazu die Abkehr vom System des freien Zugangs zum schweizerischen Arbeitsmarkt für Angehörige von EU- und EFTA-Staaten sowie die Wiedereinführung von jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten für sämtliche Ausländerkategorien (ausländische Arbeitnehmende und ihre Familien, Grenzgänger, Flüchtlinge und Asylsuchende). Ferner verbietet die Initiative den Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen, die den betreffenden Bestimmungen widersprechen und fordert vom Bundesrat, bestehende Verträge – also auch das Personenfreizügigkeitsabkommen – innerhalb von drei Jahren neu zu verhandeln und anzupassen.

Bundesrat und Parlament empfahlen die Ablehnung der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» (mit 140 zu 54 Stimmen im Nationalrat und mit 37 gegen 5 Stimmen im Ständerat) und verzichteten auf einen Gegenentwurf. Abgesehen von der SVP und einigen kleinen Parteien des rechtskonservativen und nationalpopulistischen Lagers (Lega, EDU, MCG) fassten sämtliche Parteien die Nein-Parole⁹. Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Dachverbände (economiesuisse, SGV, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizer Bauernverband), die Branchenverbände und die Gewerkschaften. Das Volksbegehren löste eine sehr intensive Abstimmungskampagne aus und trug wesentlich zur hohen Stimmbeteiligung am 9. Februar bei.

Dabei wurde das Schweizer Volk zum sechsten Mal über ein Thema zur Urne gebeten, das direkt oder indirekt die Personenfreizügigkeit mit der EU tangierte. Eine erste Abstimmung im Mai 2000 betraf die Ratifizierung des ersten Pakets der bilateralen Verträge mit der EU; beim zweiten Urnengang ging es im Juni 2005 um die Ratifizierung des Schengen-Dublin-Abkommens (Bilaterale II); die dritte Abstimmung im September 2005 betraf die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die zehn Länder Mittel- und Osteuropas, die der EU 2004 beitraten; viertens stimmte das Volk im Februar 2009 über die Weiterfüh-

⁹ Bei den Abstimmungsparolen wurden keine kantonalen Abweichungen beobachtet; namhafte Ausnahme: die Grüne Partei des Tessins empfahl die Annahme der Initiative.

rung der Personenfreizügigkeit mit der EU und ihre Ausdehnung auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien ab. Jedes Mal hatte das Stimmvolk die Position von Bundesrat und Parlament und damit das Festhalten am bilateralen Weg verhältnismässig deutlich bestätigt (67%, 55%, 56% respektive 60%). Neben den vier bereits angeführten Abstimmungen, die sich alle auf eine Behördenvorlage bezogen, gegen die das Referendum ergriffen worden war, hatte das Schweizer Volk im September 2000 auch die Volksinitiative für die Plafonierung des Ausländeranteils auf 18% abgeschmettert (64% Nein-Stimmen).

Ein ganz anderes Bild präsentierte sich am 9. Februar 2014: Während die Gegner der SVP-Initiative nach der ersten SRG-Trendanalyse von Ende Dezember/Anfang Januar über einen komfortablen Vorsprung bei den Stimmabsichten verfügten (55% Nein-Stimmen gegen 37% Ja-Stimmen), löste die Abstimmungskampagne eine Trendumkehr aus, und der Meinungsverlauf entwickelte sich zu Gunsten der Initiative. Diese wurde schliesslich von einer hauchdünnen Mehrheit der Stimmenden (50.3%), aber von einer klaren Mehrheit der Kantone (vierzehneinhalb gegen achteinhalb Kantone) angenommen. Lediglich 10'000 Stimmen (von den fast 3 Millionen abgegebenen Stimmen) hätte es gebraucht, damit das Volksmehr in Richtung Nein kippt und damit einen weiteren Zusammenprall zwischen dem Volksmehr und dem Ständemehr verursacht. Am grössten war der Ja-Anteil im Tessin (68.2%), am geringsten in den Kantonen Waadt, Basel-Stadt, Genf und Neuenburg (39%).

Nach der Annahme der Minarettinitiative (29. November 2009) und der Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (28. November 2010) erhält die SVP, die (fast) allein gegen alle antrat, somit zum dritten Mal innerhalb von fünf Jahren vor dem Volk und den Kantonen in einer Frage Recht, die die Einwanderung oder die Ausländerpolitik betrifft.¹⁰ Erstmals ist es der SVP überdies gelungen, in einem so wichtigen Bereich wie der Europapolitik gegen den Bundesrat und die Wirtschaftsverbände zu obsiegen.

¹⁰ Während durchschnittlich nur jede zehnte Initiative angenommen wird, konnte die SVP in den vergangenen Jahren mit ihren Vorlagen eine ausserordentlich hohe Erfolgsquote erzielen. Allerdings sei nochmals betont, dass es sich vor allem um Initiativen im Zusammenhang mit Einwanderungs- oder Ausländerfragen handelt. Bei anderen Themen ist die SVP weit weniger erfolgreich. Man denke etwa an die Initiative für die Volkswahl des Bundesrates, die am 9. Juni 2013 verworfen wurde.

4.2 Das Profil der Stimmenden

Tabelle 4.1: Masseneinwanderung – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden*

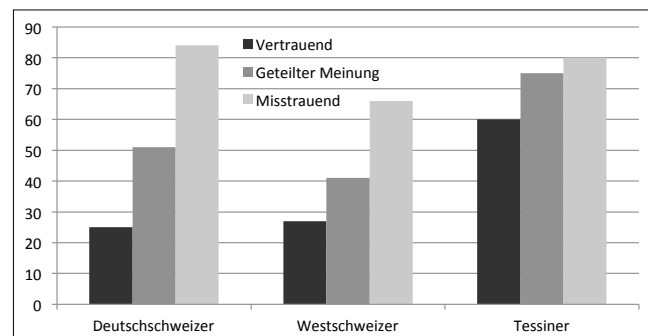
Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	50.6	1065	
Regierungsvertrauen			V=.51***
Vertrauen	26	520	
Weiss nicht	49	120	
Misstrauen	81	426	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V=.49***
Links aussen	13	86	
Links	17	204	
Mitte	51	319	
Rechts	64	225	
Rechts aussen	86	159	
Parteiverbundenheit			V=.53***
SP – Sozialdemokratische Partei	16	185	
CVP – Christlichdemokratische Partei	34	59	
FDP.Die Liberalen	40	120	
SVP – Schweizerische Volkspartei	95	204	
GPS – Grüne Partei	(10)	(20)	
GLP – Grünliberale Partei	(27)	(44)	
Andere Partei	44	113	
Keine Partei	54	268	
Interesse für die Politik			V=.11**
Wenig oder überhaupt nicht interessiert	67	102	
Eher interessiert	49	558	
Sehr interessiert	49	404	
Häufigkeit der Teilnahme an Abstimmungen (Selbsteinstufung)			V=0.12**
Selten oder nie	(76)	(29)	
Gelegentlich	62	109	
Häufig	48	203	
Immer	49	712	
Wertvorstellung: modern vs. traditionell			V=.48***
Für eine moderne Schweiz	20	348	
Geteilter Meinung	58	508	
Für eine traditionelle Schweiz	85	205	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Wertvorstellung: Öffnung der Schweiz			V=.47***
Für eine offene Schweiz	28	559	
Geteilter Meinung	73	402	
Für eine verschlossene Schweiz	81	79	
Wertvorstellung: Gleiche Chancen für Ausländer			V=.44***
Chancengleichheit	25	89	
Geteilter Meinung	49	170	
Schweizer bevorzugen	79	265	
Wertvorstellung: Ruhe und Ordnung			V=.40***
Für weniger Ruhe und Ordnung	19	80	
Geteilter Meinung	28	331	
Für mehr Ruhe und Ordnung	67	643	
Wertvorstellung: Armee			V=.34***
Starke Armee	70	420	
Geteilter Meinung	47	317	
Keine Armee	29	317	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
^a Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe «Zur Methode».
Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

Erwartungsgemäss variiert die Annahme der Initiative zur Begrenzung der Einwanderung je nach Vertrauen in die Regierung stark (Tabelle 4.1). Während drei Viertel (74%) der Stimmenden, die dem Bundesrat vertrauen, die Initiative ablehnten, sagten vier Fünftel der Personen, die dem Bundesrat nicht vertrauen (81%), Ja zur Vorlage. Personen, die dem Bundesrat weder vertrauen noch misstrauen, verteilten sich gleichmässig auf das Ja- und auf das Nein-Lager. Der markante Unterschied im Abstimmungsverhalten der «Vertrauenden» und der «Misstrauenden» lässt jedoch nicht notwendigerweise auf eine Kausalität zwischen dem Vertrauen in die Regierung und dem Stimmentscheid schliessen: Dass die meisten «Misstrauenden» ein Ja in die Urne legten bedeutet noch nicht, dass sie der Initiative zustimmten, weil sie dem Bundesrat nicht vertrauen (Analoges gilt für die «Vertrauenden»). Aus Grafik 4.1 ergibt sich zudem, dass die Verknüpfung zwischen Vertrauen/Misstrauen und dem Abstimmungsverhalten bei den Deutschschweizern besonders ausgeprägt war, gefolgt von den Romands. Bei den Tessinern war diese Verknüpfung hingegen schwächer.

Grafik 4.1: Stimmverhalten zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nach Sprachregion und Regierungsvertrauen (% Ja)*



* Die Antworten wurden nach dem Abstimmungsergebnis in der jeweiligen Sprachregion gewichtet.

Die Unterstützung bzw. Ablehnung der Einwanderungsinitiative war stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt: Die Zahl der Ja-Stimmen nimmt zu, je mehr sich die Stimmden vom linken auf das rechte Ende des politischen Spektrums zubewegen. Die Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala links positionieren, legten ein massives Nein in die Urne (über 80% Nein-Anteil). Dies gilt sowohl für Stimmende, die sich als extrem links einschätzen (Wert zwischen 0 und 2), wie auch für solche, die sich der gemässigten Linken zugehörig fühlen (Werte 3 und 4). Ab der Mitte der Skala (Wert 5) ändert die Einstellung gegenüber der Initiative drastisch. Bereits hier überwiegt das Ja ganz knapp und steigt dann mit zunehmender Nähe zum rechten Ende der Skala stark an. Unter der Wählerschaft, die sich als rechts aussen einstuft (Werte 8 bis 10), erreicht der Ja-Anteil beinahe 90%.

Der Einfluss der ideologischen Einstellung auf das Stimmverhalten widerspiegelt sich in der Parteiverbundenheit noch deutlicher. Das Volksbegehren «Gegen Masseneinwanderung» wurde von den SVP-Sympathisanten massiv unterstützt und erzielte dort beinahe Einstimmigkeit, während die SP-Sympathisanten die Vorlage haushoch verwarfen. Auch die CVP-Sympathisanten sprachen sich für ein klares Nein aus, wohingegen die Anhängerschaft der FDP.Die Liberalen etwas unschlüssiger war.¹¹

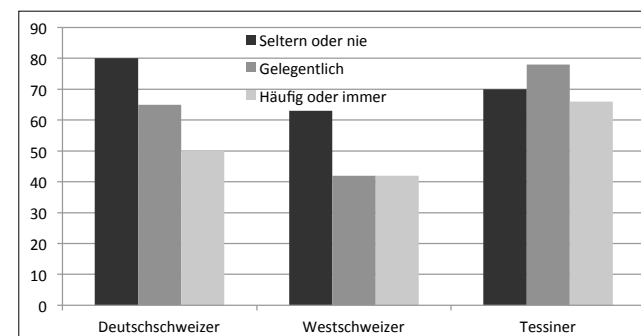
Das Stimmverhalten variiert auch nach dem politischen Interesse. «Wenig» oder «überhaupt nicht» politisch interessierte Personen stimmten der Vorlage grossmehrheitlich zu. Das Gegenteil war bei Personen der Fall, die sich «ziemlich» oder «sehr» für Politik interessieren (49%).¹²

¹¹ Bereits anlässlich der Minarett-Initiative hatten die Sympathisanten der FDP.Die Liberalen bekanntlich von der Abstimmungsparole ihrer Partei Abstand genommen (60% der Anhängerschaft der FDP.Die Liberalen hatten die Initiative unterstützt). Dies wiederholte sich bei der Abstimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer, die von 51% der Sympathisanten der FDP.Die Liberalen angenommen wurde. Hingegen hatten sich die Sympathisanten der FDP.Die Liberalen 2005 und 2009 bei den Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit eher an die Empfehlung ihrer Partei gehalten.

¹² Besonders markant ist diese Erscheinung unter den Deutschschweizern und unter den Tessinern, etwas weniger deutlich hingegen bei den Romands.

Beträchtliche Unterschiede bei der Unterstützung der SVP-Vorlage bestanden auch mit Blick auf die Regelmässigkeit der Teilnahme an Abstimmungen.¹³ So unterstützten die – wenig zahlreichen – Personen, die sonst selten oder nie an die Urne gehen (0 bis 4 Mal pro 10 Abstimmungen), die aber am 9. Februar stimmen gingen, die SVP-Vorlage massiv. Dies trifft auch – wenn auch in etwas geringerer Masse – für Personen zu, die gelegentlich (5 bis 7 Mal pro 10 Abstimmungen) an Abstimmungen teilnehmen. Bei den Personen, die sehr häufig (8 oder 9 Mal pro 10 Abstimmungen) oder immer (10 Mal pro 10 Abstimmungen) stimmen gehen, sind die Ja- und Nein-Anteile in etwa gleich.¹⁴ Grafik 4.2 verdeutlicht, dass sich dieser Effekt abermals vor allem bei den Deutschschweizern und – etwas weniger ausgeprägt – bei den Romands, nicht aber bei den Tessinern einstellte.

Grafik 4.2: Stimmverhalten zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nach Sprachregion und Häufigkeit der Teilnahme an Abstimmungen (% Ja)*



* Die Antworten wurden nach den Abstimmungsergebnissen in der betreffenden Sprachregion gewichtet.

Die ausgesprochen enge Verknüpfung zwischen den Wertvorstellungen der Befragten und ihrem Stimmverhalten zeigt, dass die SVP-Initiative Ausdruck eines Grundsatzkonflikts zwischen «Öffnung» und «Tradition»¹⁵ oder zwischen «Öffnung» und «Abgrenzung»¹⁶ war. Dies

¹³ Hierzu sei angemerkt, dass die befragten Personen zu einer starken Überschätzung der Häufigkeit ihrer Teilnahme an Abstimmungen neigen: 51% führen an, sich an 10 von 10 Abstimmungen zu beteiligen. An der vorliegenden Analyse ändert diese Feststellung jedoch nichts.

¹⁴ Entgegen dem Anschein gehen die Auswirkungen des Interesses für die Politik einerseits und der Regelmässigkeit des Urnengangs andererseits nicht Hand in Hand, sondern sie sind eher komplementär: Nach unseren Befunden ist die Gruppe der Personen, die nicht politisch interessiert sind, nicht deckungsgleich mit der Gruppe derjenigen, die nie oder fast nie an Abstimmungen teilnehmen; anders ausgedrückt steigt die Unterstützung der Initiative bei den Personen, die sich nicht für Politik interessieren und bei denen, die üblicherweise nicht an die Urne gehen (und nicht oder bei denen, die üblicherweise nicht an die Urne gehen).

¹⁵ Brunner, Matthias und Pascal Sciarini 2002. L'opposition ouverture-traditions. In Hug, Simon et Pascal Sciarini (éds.) Changements de valeurs et nouveaux clivages politiques en Suisse. Paris: L'Harmattan, S. 29–93

¹⁶ Borschier, Simon und Marc Helbling 2005. «Stabilität und Wandel von Parteiensystemen und Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung: Der Theoretische Ansatz.» In Kriesi Hanspeter et al. (Hg.) Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich: NZZ Verlag, S. 11–40.

belegt der hohe Ja-Stimmenanteil unter den Befragten, die ein ausgeprägtes Traditionsbewusstsein besitzen (85% Zustimmung für die Initiative), die für eine Abgrenzung gegen aussen (81%) oder in dieser Hinsicht unschlüssig sind (73%), die Schweizer gegenüber Ausländern bevorzugen möchten (79%), viel Wert auf Ruhe und Ordnung legen (67%) und eine starke Armee wollen (70%). Demgegenüber wurde die Initiative beinahe genauso stark von jenen Befragten verworfen, die sich eine moderne Schweiz wünschen (80% Ablehnung), mehr Öffnung gegen aussen (72%) und Chancengleichheit zwischen Schweizern und Ausländern wollen (80%) oder aber Ruhe und Ordnung wenig Bedeutung beimessen (81%) oder diesbezüglich geteilter Meinung (72%) und für eine Schweiz ohne Armee sind (71%).

Weiterführende Betrachtung: multivariate Analyse

Obwohl die Werteskalen und der Stimmentscheid stark korrelieren ist zu bedenken, dass diese Skalen ähnlich gelagerte Wertekonflikte messen. Zudem hängen diese Werteskalen vermutlich mit den Links-Rechts-Präferenzen der Befragten zusammen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob jede dieser Werteskalen einen eigenen Einfluss auf den Stimmentscheid ausübt, oder ob unsere Messungen eher eine allgemeine Haltung widerspiegeln. Hierzu zeigt eine multivariate Analyse, dass die meisten Wertvorstellungen, die einander in Tabelle 4.1 gegenübergestellt werden, einen spezifischen Einfluss auf das Stimmverhalten ausüben. Unter Berücksichtigung der Links-Rechts-Positionierung und der Parteibindung üben die Wertekonflikte einzeln eine Wirkung auf den Stimmentscheid aus, und zwar in folgender Reihenfolge: Öffnung gegenüber aussen, Traditionen, Ruhe und Ordnung. Lediglich die Einstellung zur Armee übt auf den Stimmentscheid keinen nennenswerten Einfluss mehr aus. Der Einfluss des Wertekonflikts hinsichtlich der Ausländer wird nicht-signifikant, wenn die übrigen politischen Faktoren aus Tabelle 4.1 bei der Analyse hinzugenommen werden (Interesse für Politik, Vertrauen in die Regierung, Häufigkeit des Urnengangs). In diesem vollständigen Modell verschwindet der Einfluss des politischen Interesses sowie der Häufigkeit des Urnengangs, wohingegen der Einfluss des Regierungsvertrauens signifikant und stark bleibt.¹⁷

Zusammenfassend liefert die Analyse des Stimmverhaltens nach politischen Faktoren eine erste Erklärung für den Erfolg der SVP-Initiative und weist auf vier verschiedene Faktoren hin: Ideologie, Parteiverbundenheit, politische Wertvorstellungen sowie subsidiär die aussergewöhnlich starke Mobilisierung von politisch wenig interessierten oder wenig aktiven Personen. Erstens trugen Personen, die sich mitte-rechts und insbesondere rechts situ-

ieren, mit ihren Stimmen zum Erfolg der Initiative bei. Die kräftige Opposition des Links-Lagers reichte nicht aus, um diesen Erfolg zu verhindern. Dies auch deshalb, weil die Personen, die sich ideologisch am linken Rand der Skala positionieren, vergleichsweise weniger oft an die Urne gingen (siehe Abschnitt über die Stimmbeteiligung). Zweitens profitierte die Initiative von der einhelligen Unterstützung durch die SVP-Anhängerschaft. Für die Initiative günstig waren zudem die relativ geringe Mobilisierung der CVP-Wählerschaft (siehe Abschnitt über die Stimmbeteiligung), die wenig energische Ablehnung durch die Anhänger der FDP. Die Liberalen und das knappe Ja der Parteiungebundenen. Drittens erklärt auch das Stimmverhalten von politisch konservativ eingestellten Personen, für die Traditionen wichtig sind, die einer internationalen Öffnung skeptisch gegenüberstehen und für Ruhe und Ordnung sind – unabhängig von der Links-Rechts-Ideologie und der Parteibindung – den Erfolg der SVP-Initiative. Weniger bedeutend, aber doch von Nutzen war letztlich auch die Unterstützung jener Personen, die sich nicht für Politik interessieren oder gewöhnlich nicht (oder selten) stimmen gehen und diesmal der Regierung und dem Parlament eine Absage erteilen wollten. Obwohl diese Personengruppe klein ist hat sie mit ihrer ausgesprochen deutlichen Zustimmung für die Initiative möglicherweise als Zünglein an der Waage gewirkt und der Vorlage zum Durchbruch verholfen.

Im Übrigen waren die meisten Erklärungsfaktoren (Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, Parteiverbundenheit, Wertvorstellungen, Regierungsvertrauen, Interesse für die Politik), die sich aus der vorliegenden Analyse ergeben, bereits 2005 und 2009 bei den Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit präsent. Sie entfalteten ihre Wirkung auch anlässlich der Minarettabstimmung 2009 und 2010 bei der Initiative über die Ausschaffung krimineller Ausländer. Während die Zustimmung zur SVP-Masseneinwanderungsinitiative (und somit gegen die Meinung des Bundesrates) durch Personen, die sonst wenig oder gar nicht an die Urne gehen von früheren VOX-Analysen nicht ermittelt wurde, ergibt eine erneute Untersuchung der entsprechenden Datensätze, dass dieses Phänomen bereits bei den Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit 2009, über die SVP-Minarettinitiative 2009 und – in geringerem Masse – über die Ausschaffungsinitiative 2010 wirksam war.

¹⁷ Bei diesem vollständigen Modell wurde die Variable des Entscheidungszeitpunkts mit berücksichtigt. Obgleich diese Variable nicht im engen Sinne als Erklärungsfaktor benutzt werden kann (ein Votant kann nicht Ja stimmen, weil er spät stimmt), bestätigen die Befunde, dass die Initiative ihren Erfolg den Personen verdankt, die sich sehr spät entschieden: Unter Einbezug aller anderen Variablen stimmten die Personen, die ihren Entscheid in der letzten Woche vor der Abstimmung fällten, signifikant häufiger mit Ja als die Frühentscheider.

Tabelle 4.2: Masseneinwanderung – Beteiligung nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	50.6	1071	
Geschlecht			V=.02 n.s.
Mann	52	518	
Frau	50	550	
Alter			V=.14**
18 bis 29 Jahre	42	57	
30 bis 39 Jahre	47	157	
40 bis 49 Jahre	44	161	
50 bis 59 Jahre	62	248	
60 bis 69 Jahre	48	223	
70 Jahre und mehr	50	225	
Wohnort			V=.10**
Grossstadt	43	284	
Mittelgrosse/kleine Stadt	51	459	
Land	56	326	
Sprachliche Zugehörigkeit			V=.20**
Deutschschweizer	52	592	
Tessiner	68	156	
Westschweizer	42	264	
Staatsbürgerlicher Status			V=.08*
Gebürtiger Schweizer	52	968	
Eingebürgert	37	75	
Bildung			V=.23***
Obligatorische Schulzeit	77	69	
Lehre/Berufsschule	62	363	
Höhere Berufsbildung	63	111	
Matura/pädagogische Ausbildung	34	62	
Höhere Fachschule/Technikum	54	128	
FHS/Universität/ETH	31	331	
Einkommen			V=.20***
Unter 3'000.–	70	73	
3'000.– bis 5'000.–	61	200	
5'000.– bis 7'000.–	55	244	
7'000.– bis 9'000.–	43	197	
Über 9'000.–	40	254	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Sozioprofessionelle Kategorie			V=.22***
Landwirt	(70)	(10)	
Selbständigerwerbend	57	97	
Freiberufler	(28)	(18)	
Angestellter – oberes Kader	54	59	
Angestellter – mittleres/unteres Kader	40	266	
Arbeiter/Angestellter, gelernt	66	119	
Arbeiter/Angestellter, ungelernt	(68)	(40)	
Student	(32)	(25)	
Hausfrau/Hausmann	57	76	
Pensioniert	48	313	
Arbeitslos	(85)	(26)	
Gegenwärtige wirtschaftliche Situation			V=.17***
Sehr gut	48	225	
Gut	47	653	
Passabel	60	149	
Schlecht/sehr schlecht	(89)	(32)	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».
Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

Die Männer unterstützten die SVP-Initiative geringfügig häufiger als die Frauen, aber der Unterschied im Stimmverhalten der Männer und der Frauen ist statistisch nicht signifikant (Tabelle 4.2). Die Verteilung des Stimmenscheids nach dem Alter zeigt ein ungewohntes Bild: Nur in einer Altersgruppe (50–59-Jährige) sind die Ja-Stimmenden in der Mehrheit. In den übrigen Altersklassen halten sich Ja und Nein in etwa die Waage (30–39-Jährige, 60–69-Jährige und über 70-Jährige), oder die Ja-Stimmenden sind in der Minderheit (18–29-Jährige und 40–49-Jährige).

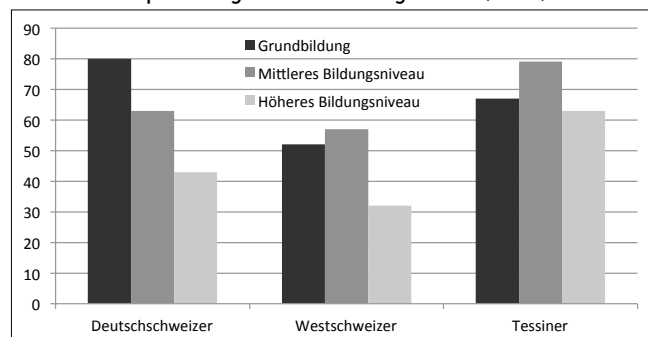
Wie Analysen von Daten auf Gemeinde- oder Kantonsebene bereits gezeigt hatten, lag der Ja-Anteil unter der Landbevölkerung verglichen mit den Einwohnern von kleinen oder mittelgrossen Städten höher. Grossstadtbewohner neigten hingegen eher zur Ablehnung der Initiative. Am höchsten ist die Zustimmung für die Initiative im Tessin. In der Deutschschweiz fand die Vorlage eine Mehrheit, und in der Romandie waren die Ja-Stimmenden in der Minderheit.¹⁸

¹⁸ Der Genauigkeit halber sei angemerkt, dass die verwendete Variable nicht die Sprachregion, sondern die Sprache erfasst, in der das Interview stattgefunden hat, wobei die Interviewsprache abgesehen von sehr seltenen Ausnahmen (und unter Ausklammerung der mehrsprachigen Kantone) mit der Sprache der jeweiligen Sprachregion identisch war.

Gebürtige Schweizer sprachen sich eher für die Initiative aus, während eingebürgerte Personen klar dagegen waren.

Wie bei aussen- oder einwanderungspolitischen Fragen üblich schwankte das Stimmverhalten je nach Bildungsstand beträchtlich. Personen mit geringem Bildungsniveau (obligatorische Schulpflicht) unterstützten die Initiative deutlich. Dasselbe gilt – wenn auch weniger ausgeprägt – für die Inhaber eines Lehr- oder eines Berufsschulabschlusses. Die Absolventen einer FHS, einer Universität oder ETH wiesen die Vorlage hingegen klar zurück. Dies gilt auch für Inhaber eines Maturaabschlusses und/oder einer pädagogischen Ausbildung. Der Einfluss des Bildungsniveaus (zum Zweck der Analyse erfolgte eine Umkodierung in drei Kategorien) machte sich besonders in der Deutschschweiz bemerkbar, deutlich weniger in der Westschweiz und im Tessin überhaupt nicht (Grafik 4.3).

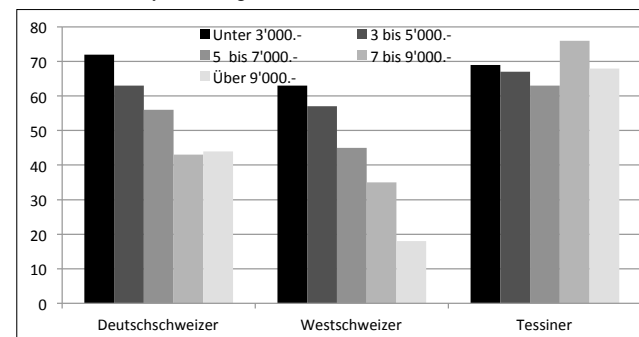
Grafik 4.3: Abstimmungsergebnis zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nach Sprachregion und Bildungsstand (% Ja)*



* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis in der jeweiligen Sprachregion gewichtet.

Es besteht auch ein starker Zusammenhang zwischen dem Ja-Anteil und dem verfügbaren Einkommen: Die Unterstützung für die SVP-Initiative nimmt mit zunehmendem Einkommen stark ab (70% Ja bei Personen mit einem monatlichen Einkommen unter 3'000.-, 40% Ja bei Personen mit mehr als 9'000.- Einkommen). Besonders eindeutig ist der Bezug zwischen Einkommen und Abstimmungsverhalten in der Romandie. In der Deutschschweiz ist er weniger ausgeprägt, und im Tessin wird kein Zusammenhang festgestellt (Grafik 4.4).

Grafik 4.4: Abstimmungsergebnis zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nach Sprachregion und Einkommen (% Ja)*



* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis in der jeweiligen Sprachregion gewichtet.

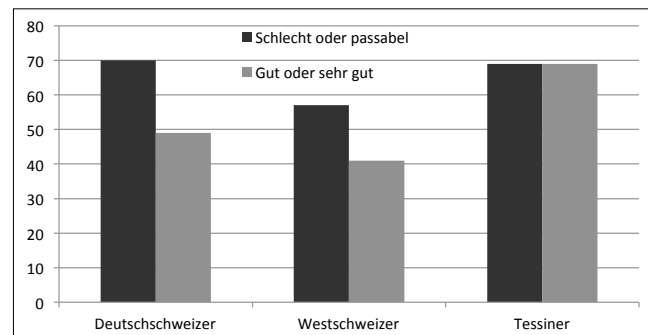
Das unterschiedliche Stimmverhalten aufgrund des Bildungs- und Einkommensniveaus findet seinen Ausdruck in den Unterschieden zwischen den sozioprofessionellen Kategorien: Die Initiative fand bei gelernten und ungelernten Arbeitern und Angestellten sowie bei Selbständigerwerbenden und Hausfrauen/Hausmännern besonders viel Anklang. Dies gilt auch für Landwirte und Arbeitssuchende, jedoch sind die Angaben zu diesen zwei Gruppen wegen der geringen Zahl der Befragten mit grossem Vorbehalt zu betrachten. Personen in höheren Kaderpositionen entschieden sich ebenfalls eher für ein Ja, während die Angehörigen des mittleren/unteren Kadern sich klar für ein Nein aussprachen. Studierende¹⁹ und Freiberufler wiesen sogar einen noch höheren Nein-Anteil auf, wobei auch diese beiden Befunde wegen der geringen Befragtenzahl stark relativiert werden müssen. Die Rentner waren ihrerseits geteilter Meinung.

Die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Situation spielte ebenfalls eine Rolle: Während das Votum der Personen, die ihre derzeitigen Verhältnisse als «sehr gut» oder «gut» bezeichnen, eher in Richtung Nein ging, legten Personen, die ihre Situation als «passabel» einstufen, ein klares Ja in die Urne. Am meisten Unterstützung findet die Initiative bei den Befragten, die ihre Situation als «schlecht» oder «sehr schlecht» beschreiben. Allerdings ist diese Personengruppe in unserer Stichprobe sehr klein und besteht zu einem Drittel aus Arbeitssuchenden, deren grosser Ja-Anteil an anderer Stelle bereits erwähnt wurde.²⁰ Grafik 4.5 stellt dar, dass die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation (zum Zwecke der Analyse erfolgte eine Umkodierung in zwei Kategorien) in der Romandie und im Tessin einen Einfluss auf das Stimmverhalten hatte, nicht aber in der Deutschschweiz.

¹⁹ Das klare Nein der Studierenden wird durch ihre geringe Teilnahme am Urnengang geschwächt. Die Studierenden nahmen kaum häufiger an der Abstimmung teil als die übrigen Personen in ihrer Altersgruppe (26% Stimmbeteiligung bei den 18- bis 29-jährigen Studierenden, gemäss den gewichteten Daten). Ihre Stimmbeteiligung wäre möglicherweise höher gewesen, wenn die Folgen für das Erasmus-Programm vor der Abstimmung bekannt gewesen wären.

²⁰ Das Stimmverhalten bezüglich der SVP-Initiative wird jedoch nicht durch die erwartete Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Situation «in den kommenden zwölf Monaten» beeinflusst.

Grafik 4.5: Abstimmungsverhalten zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nach Sprachregion und Wahrnehmung der persönlichen wirtschaftlichen Situation [%Ja]*



* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis in der jeweiligen Sprachregion gewichtet.

Alles in allem war das Abstimmungsverhalten am 9. Februar bei der Masseneinwanderungsinitiative von grossen Unterschieden je nach Bildungsstand, Einkommen, beruflicher Situation, Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, Wohnort und Sprache geprägt. Dabei handelt es sich um Faktoren, die auch bei den früheren Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit mit der EU 2005 und 2009 zum Tragen kamen.²¹ Zusammen mit dem unterschiedlichen Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen liefert die unterschiedliche Stimmbeteiligung nach eben diesen Merkmalen eine zusätzliche Erklärung für die Annahme der SVP-Initiative. Erstens waren altersbezogene Unterschiede beim Stimmverhalten zwar nur von zweitrangiger Bedeutung, doch trug die Tatsache, dass die Altersgruppe mit dem tiefsten Ja-Anteil (18–29 Jahre) auch diejenige mit der geringsten Stimmbeteiligung war, zur Annahme der Initiative bei. Zweitens stieg zwar die Ablehnung der Initiative mit zunehmendem Bildungs- und Einkommensniveau sowie mit der zunehmend positiven Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Situation und bestätigte somit die Haltung des Bundesrates, doch die aussergewöhnlich hohe Beteiligung der Stimmenden aus den unteren Bildungs- und Einkommensschichten (siehe Abschnitt über die Stimmbeteiligung) wirkte sich zu Gunsten der Vorlage aus. Drittens fiel auch die Tatsache ins Gewicht, dass die Stimmen deutlich nach der sozioprofessionellen Kategorie stratifiziert waren und besonders die Arbeiter und Angestellten sowie die Selbständigerwerbenden mit Ja stimmten. So gesehen kann das Abstimmungsergebnis als Ausdruck eines tieferen Meinungsunterschieds über die Vor- und Nachteile

²¹ In beiden Fällen gab es keine Variationen des Abstimmungsverhaltens je nach Alter; dies stellt auf den ersten Blick einen Unterschied zu den Befunden der vorliegenden Studie dar. Allerdings zeigt eine ergänzende Analyse über die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung», dass der hohe Ja-Anteil unter den 50- bis 59-Jährigen von einer Überrepräsentierung mehrerer sozioprofessioneller Kategorien in dieser Altersklasse herrührt, welche die Initiative deutlich bejahten (gelernte Arbeiter und Angestellte, Selbständigerwerbende, Arbeitslose und Landwirte). Unter Einbezug der sozioprofessionellen Kategorie unterscheiden sich die 50- bis 59-Jährigen nicht mehr von den übrigen Altersgruppen, ausser von den 40- bis 49-Jährigen.

der Globalisierung allgemein – und speziell der zunehmenden Einwanderung – gewertet werden.²² Viertens obsiegte die Initiative auch dank der starken Unterstützung durch ländliche Gebiete und mittlere sowie kleine Städte, durch das Tessin und – weniger ausgeprägt – durch die Deutschschweiz. Das Nein der Eingebürgerten wog hingegen nicht schwer, denn einerseits sind sie weit weniger zahlreich als die gebürtigen Schweizer, und andererseits war ihre Stimmbeteiligung geringer.

Ergänzende Analysen innerhalb der Sprachgruppen (Grafiken 4.1 bis 4.5) liefern ein nuancierteres Bild der Ergebnisse und fördern das homogene Abstimmungsverhalten der Tessiner zutage: Weder soziodemografische noch politische Merkmale führen bei diesen Votanten zu nennenswerten Unterschieden. Mit Ausnahme des Vertrauens in die Regierung beeinflussen die in der vorliegenden Analyse untersuchten Erklärungsfaktoren das Abstimmungsverhalten der Tessiner Befragten kaum. Was das Tessin anbelangt scheint es sich bei der Ablehnung der Zuwanderung – und insbesondere der Grenzgänger (siehe nachstehender Abschnitt) – um eine Grundsatzposition zu handeln, die sich durch sämtliche Bevölkerungskategorien hindurch zieht. Anders präsentiert sich das Bild in der Deutschschweiz: Hier üben sämtliche untersuchten Faktoren (Vertrauen, Häufigkeit der Abstimmungsteilnahme, Bildungs- und Einkommensniveau, Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation) einen beträchtlichen Einfluss auf den Stimmentscheid aus. Somit variiert das Stimmverhalten in der Deutschschweiz je nach Bevölkerungskategorie stark. Diesbezüglich nehmen die Romands eine Zwischenstellung ein: Auch bei ihnen schwankt das Stimmverhalten mit den untersuchten soziodemografischen und politischen Faktoren, allerdings weniger stark als bei den Deutschschweizern – mit Ausnahme des Einkommensniveaus, das bei den Romands mehr ins Gewicht fällt.

Weiterführende Betrachtung: multivariate Analyse

Zum Abschluss der Analyse über das Stimmprofil wurde wiederum eine multivariate Regression vorgenommen, um die spezifische Wirkung der soziodemografischen Faktoren zu ermitteln, die in Tabelle 4.2 aufgeführt sind (mit Ausnahme der sozioprofessionellen Kategorie).²³ Diese ergänzende Analyse zeigt auf, dass jeder einzelne Faktor den Stimmentscheid signifikant beeinflusst: Die Unterstützung der SVP-Initiative nimmt mit steigendem Bildungs- und Einkommensniveau ab, sie ist bei Grossstadtbewohnern weniger hoch und im Tessin, unter gebürtigen Schweizern, in der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen und bei jenen Personen höher, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als «schlecht» einstufen.

²² In der Fachsprache ist die Rede von einem Konflikt zwischen einerseits den Personen, die sich als «Verlierer» der Globalisierung betrachten (Arbeiter sowie die Selbständigerwerbende der «ehemaligen Mittelklasse», also Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende) und die internationale Öffnung als Bedrohung empfinden, vor der es sich zu schützen gilt, und andererseits den Personen, die als «Gewinner» bezeichnet werden (Angestellte in der neuen Mittelklasse, Freiberufler, Führungskräfte und leitende Angestellte grosser Unternehmen) und die Öffnung befürworten.

²³ Diese Variable wird nicht berücksichtigt, da sie teilweise auf dem Bildungsstand aufgebaut ist und ihre Einfügung in das Modell eine Verzerrung der Analyse bewirkt.

Anders ausgedrückt handelt es sich in Tabelle 4.2 um echte Unterschiede beim Stimmverhalten, die nicht auf Interferenzen mit einem anderen soziodemografischen Faktor zurückzuführen sind.

Werden die wichtigsten politischen und soziodemografischen Faktoren der Tabellen 4.1 und 4.2 in ein und demselben Erklärungsmodell zusammen genommen ergibt sich, dass die politischen Faktoren – wie so häufig – zu einer deutlichen Abschwächung der Wirkung der soziodemografischen Faktoren führen. Unter den soziodemografischen Faktoren üben demnach nur noch das Alter (50–59 Jahre), der Wohnort und die Sprachregion (Tessin) einen signifikanten Einfluss aus, während der Einfluss der übrigen Faktoren verschwindet beziehungsweise von den politischen Faktoren «absorbiert» wird. Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass nicht der hohe Bildungsstand an sich den Ausschlag für ein Nein zur Initiative gibt, sondern die Tatsache, dass dieser hohe Bildungsstand mit Werten und politischen Einstellungen zusammentrifft, die ihrerseits eine Ablehnung der Initiative begünstigen.

Die VOX-Analyse versucht auch die Informationsquellen zu ermitteln, die von den Stimmdenden zur Meinungsbildung benutzt wurden. Wie üblich wurden auch bei der Abstimmung vom 9. Februar Zeitungsartikel (86% der Stimmdenden geben an, solche gelesen zu haben), Fernsehsendungen (73%), offizielle Informationsquellen wie das Bundesbüchlein (68%) sowie Radiosendungen (60%) besonders häufig verwendet. Danach folgen Strassenplakate (51%), Leserbriefe (49%), abstimmungsspezifische Drucksachen und Zeitungen (48%), Zeitungsinserate (48%), Meinungsumfragen (42%), das Internet (31%), Direktmailing an alle Haushalte (21%), Diskussionen am Arbeitsplatz (12%) und zuletzt Standaktionen (6%).

Tabelle 4.3 stellt den Bezug zwischen den Informationsquellen und dem Abstimmungsentscheid über die SVP-Initiative dar. Zunächst gilt, dass die (Nicht-)Nutzung von Radiosendungen, Strassenplakaten, Zeitungsinseraten, Meinungsumfragen, Informationen im Internet sowie Standaktionen als Informationsquellen keinen Einfluss auf den Stimmentscheid hatte. Hingegen besteht eine statistisch signifikante Verknüpfung zwischen der Nutzung der übrigen Informationsquellen und dem Abstimmungsentscheid. Konkret weisen Personen, die Zeitungsartikel als Informationsquelle nutzten, einen geringeren Ja-Anteil auf als solche, die die Zeitungen nicht nutzten. Dasselbe gilt bezüglich des Bundesbüchleins sowie für Diskussionen am Arbeitsplatz. Die Unterschiede sind zwar gering, doch die Nutzung der drei genannten Quellen (Zeitungsartikel, Bundesbüchlein, Diskussionen am Arbeitsplatz) wirkte sich tendenziell zu Ungunsten der Vorlage aus. Einen höheren Ja-Anteil findet man hingegen bei den Personen, die sich über Fernsehsendungen, Leserbriefe, Drucksachen, Abstimmungszeitungen oder Direktmailings informierten.

Bei den Leserbriefen überrascht der Befund eher wenig (Leserbriefe sind ein beliebtes Mittel, um der offiziellen Position entgegenzutreten). Eher ungewohnt und deshalb beachtenswert ist hingegen die Wirkung von abstimmungsspezifischen Drucksachen und Zeitungen sowie des Einsatzes von Postwurfsendungen. Es sei daran erinnert, dass die SVP Anfang Januar ein «Extrablatt» an alle Haushalte verteilen liess, um für Unterstützung für ihre Initiative zu werben. Dass die Nutzung von Drucksachen und von Direktmailing als Infor-

mationsquelle die Annahme der Initiative positiv beeinflusste, kann als Ergebnis – unter anderem – dieser Sendung an alle Haushalte angesehen werden. Eher unerwartet ist der höhere Ja-Anteil der Personen, die Fernsehsendungen benutzten; dies im Vergleich zu den Personen, die das Fernsehen nicht nutzten. Auffallend ist auch die fehlende Wirkung von Zeitungsinseraten und Strassenplakaten. Geht man von der Annahme aus, die Nein-Kampagne habe mehr Mittel in Inserate und Plakate investiert als die Ja-Kampagne, wäre der eben genannte Befund als Beweis für das Scheitern der Kampagne der Gegnerschaft zur Initiative anzusehen.

Tabelle 4.3: Masseneinwanderung – Stimmverhalten nach Verwendung der Informationsmittel in Prozent der Stimmdenden*

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	50.6	1065	
Zeitungen			V=.09**
Nicht verwendet	61	156	
Verwendet	49	908	
Fernsehen			V=.09**
Nicht verwendet	43	291	
Verwendet	54	774	
Offizielle Informationen (Bundesbüchlein)			V=.06*
Nicht verwendet	55	339	
Verwendet	48	723	
Leserbriefe			V=.12***
Nicht verwendet	45	544	
Verwendet	57	522	
Drucksachen/Prospekte/Abstimmungszeitungen			V=.15**
Nicht verwendet	44	554	
Verwendet	59	511	
Direktmailings an alle Haushalte			V=.12***
Nicht verwendet	48	832	
Verwendet	62	230	
Diskussionen am Arbeitsplatz			V=.07*
Nicht verwendet	53	921	
Verwendet	42	123	

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.

^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».

Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.

Weiterführende Betrachtung: multivariate Analyse

Eine multivariate Analyse mit sämtlichen in Tabelle 4.3 aufgeführten Informationsquellen zeigt, dass jede dieser Quellen eine spezifische Wirkung auf das Stimmverhalten ausübt. Die Berücksichtigung der relevanten soziodemografischen Faktoren (Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Sprache, Wohnort) beeinflusst die Wirkungskraft der Informationsquellen kaum, während der Einbezug von politischen Faktoren (Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala oder Parteibindung) ihre Wirkungskraft deutlich verringert.

Eine ergänzende Analyse nach sprachlicher Zugehörigkeit liefert erneut nuancierte Befunde. Bei den Deutschschweizern begünstigte das Lesen der Zeitung sowie des Bundesbüchleins das Nein, während Flugblätter/Drucksachen, Leserbriefe, Direktmailing und Fernsehsendungen (in dieser Reihenfolge) dem Ja zuträglich waren. Die Zahl der Informationsquellen, die bei den Romands einen Zusammenhang zum Abstimmungsverhalten aufweisen, ist kleiner: Zeitungen und Diskussionen am Arbeitsplatz lenkten die Stimmenden eher in Richtung Nein. Dasselbe gilt für Leserbriefe, die somit verglichen mit der Deutschschweiz die umgekehrte Wirkung hatten. Flugblätter/Drucksachen und Direktmailing lösten schliesslich bei den Romands keine signifikante Reaktion aus. Bei den Tessinern wirkte sich nur eine Informationsquelle auf das Stimmverhalten aus: Wer sich im Fernsehen informierte, neigte eher zur Befürwortung der Initiative als Personen, die das Fernsehen nicht als Informationsquelle benutzten.

4.3 Wahrnehmung der Vorlage

Die meisten Befragten (über 80%) konnten den Gegenstand der Initiative richtig umschreiben und erwähnten entweder die Begrenzung der Zuwanderung oder die Wiedereinführung des Kontingentsystems für ausländische Arbeitnehmende (Tabelle 4.4). Stimmende und Nichtstimmende unterscheiden sich in dieser Hinsicht wenig, ausser dass letztere häufiger die Eindämmung der Zuwanderung generell nannten und seltener spezifisch auf das Kontingentsystem verwiesen.

Tabelle 4.4: VI Masseneinwanderung – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der befragten Personen (nur Erstnennungen)*

Wahrnehmung	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Begrenzung der Zuwanderung	44	668	39	322	54	342
Kontingentierung der Zuwanderung	41	606	51	419	29	185
Allgemeine Antworten, andere Antworten	6	89	7	56	5	32
Weiss nicht, keine Antwort, zu vage	7	108	4	29	12	74
Total	100	1472	100	826	100	633

* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet.

© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 09.02.2014.

4.4 Stimm motive

Die Analyse der von den Befragten spontan genannten Beweggründe für den Stimmentscheid (Antwort auf eine offene Frage) ergibt, dass letzterer stark von der prinzipiellen Ablehnung der Zuwanderung geprägt war (Tabelle 4.5). Mehr als ein Drittel der Ja-Stimmenden (34%) begründete den Stimmentscheid in erster Linie damit, sie seien generell gegen die Einwanderung, beziehungsweise es gebe schon genug/zu viele Ausländer in der Schweiz. Dazu kommen auch viele Personen (17%), die sich mit den Anliegen der Initiative identifizieren und meinen, die Schweiz solle die Zuwanderung beschränken, kontingentieren, besser kontrollieren und/oder selbst steuern. Zusammen erklären diese beiden Stimm motive bereits über 50% des Ja-Anteils zur SVP-Initiative. Danach folgt eine zweite Serie von Beweggründen im Zusammenhang mit negativen Erscheinungen, die als Folgen der Zuwanderung wahrgenommen werden: wirtschaftliche Konsequenzen (Konkurrenz der ausländischen Arbeitskräfte, Lohndruck, Gefahr des Lohn- und Sozialdumpings, Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit) (11% der Erstnennungen); sonstige soziale oder finanzielle Folgen, beispielsweise für die Bevölkerungsdichte («Die Schweiz ist zu klein»), das Wohnungs- und Verkehrswesen, die Kriminalität, die Umwelt sowie auch der Missbrauch des Sozialsystems durch Ausländer (10%). An dritter Stelle – und ohne eigentlichen Bezug zum Abstimmungsgegenstand – erwähnt ein nicht unerheblicher Teil der Ja-Stimmenden (11%) ausdrücklich, man habe ein Warnsignal abgeben oder ein Protestzeichen setzen wollen. Schliesslich betrachten einige Personen (3%) die Einwanderung als Bedrohung für die Identität der Schweiz.²⁴

Die Analyse der kumulierten Motive für ein Ja zur Initiative (die Befragten konnten bis zu sechs Gründe anführen) ergibt ein etwas anderes Bild. Zwar bleiben dabei die Hauptgründe bestehen – grundsätzliche Ablehnung der Zuwanderung, Wille, die Zuwanderung zu begrenzen/kontrollieren/regulieren –, doch gewinnen die negativen Folgen, die der Einwanderung zugeschrieben werden, an Bedeutung; beide Kategorien von Stimm motiven halten sich nun praktisch die Waage.

Die Gegnerschaft zur SVP-Initiative nannte als spontanen Grund für ein Nein hauptsächlich wirtschaftliche Erwägungen (29% der Erstnennungen): Die Initiative schadet der Wirtschaft, die Wirtschaft profitiert von der Zuwanderung, die Schweiz braucht ausländische Arbeitskräfte, besonders in bestimmten Branchen wie z. B. in der Pflege usw. 20% der Nein-Stimmenden monierten ausserdem, die Vorlage sei unangemessen, als Lösung für die Einwanderungsprobleme unsachgemäss, zu extrem oder sinnlos, oder sie gaben an, die Personenfreizügigkeit sei gut und es gebe keine Masseneinwanderung. An dritter Stelle stehen die negativen Folgen der Initiative für die Europapolitik der Schweiz (16% der Erstnennungen): Die Initiative gefährdet die bilateralen Abkommen, die Schweiz darf sich nicht von Europa abschotten. Auf den Positionen vier und fünf folgen Stimm motive, die sich – wie auch das zweite Motiv – unmittelbarer auf die Einwanderungspolitik beziehen. Einerseits wollten die Nein-Stimmenden gegen die Kontingentierung ankämpfen und ihr Eintreten für eine offene Schweiz kundtun (8%). Andererseits

²⁴ Eine ergänzende Analyse ergibt eine verhältnismässig homogene Verteilung der Stimm motive unter Deutschschweizern, Westschweizern und Tessinern. Letztere betonen allerdings (noch) mehr, es gebe in der Schweiz bereits zu viele Ausländer und Grenzgänger (42% der Erstnennungen).

wollten sie der Ausländerfeindlichkeit und der Diskriminierung von Ausländern entgegenzutreten und betonten, die Einwanderung sei eine Bereicherung (8%). Schliesslich bezeichnete fast jede zehnte Person, die ein Nein in die Urne legte (7%), ihren Entscheid als ein Votum gegen die SVP.²⁵

Die Betrachtung aller Nennungen zusammen zeigt, dass wirtschaftliche Beweggründe deutlich überwiegen, während die Europapolitik als Ablehnungsgrund diesmal auf Rang zwei nach der Kritik bezüglich des unsachgemässen, übertriebenen und sinnlosen Charakters der Initiative zu liegen kommt.

Tabelle 4.5: Masseneinwanderung – Motive der Stimmenden (Mehrfachantworten möglich)*

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		Alle Nennungen ^a	
	%	n	%	n
JA-Stimmende				
Es gibt zu viele Ausländer/Asylbewerber/Grenzgänger, gegen Ausländer	34	181	45	242
Einwanderung muss begrenzt/kontrolliert/gesteuert werden	17	91	30	161
Wirtschaftliche Gründe (Sozialdumping, Angst vor Arbeitslosigkeit)	11	59	30	163
Weitere negative Folgen der Zuwanderung (Wohnungen, Kriminalität, Verkehrswesen, Umwelt, Profiteure)	10	52	38	206
Protestvotum/Zeichen setzen	11	58	19	101
Angst um die Identität der Schweiz	3	13	7	36
Allgemeine Gründe für das Ja	12	62	22	118
Andere Gründe für das Ja	1	4	2	9
Weiss nicht/keine Antwort	4	20	50	272
Total (JA-Stimmende)	100	541	242	1308
NEIN-Stimmende				
Wirtschaftliche Gründe (Wirtschaft profitiert von der Einwanderung, die Schweiz braucht ausländische Arbeitskräfte, die Initiative schadet der Wirtschaft)	29	150	52	273
Die Initiative ist unsachgemäss/zu extrem/sinnlos, sie löst die Probleme nicht	20	102	30	158
Europapolitik (Gefährdung der Bilateralen, die Schweiz darf sich nicht von Europa abkapseln)	16	83	37	194
Gegen Kontingente	8	41	15	79
Ausländer sind eine Bereicherung, Votum gegen Ausländerfeindlichkeit	8	39	17	91
Gegen die SVP	7	34	15	81
Allgemeine Gründe für das Nein	7	36	12	61
Andere Gründe für das Nein	4	21	9	47
Weiss nicht/keine Antwort	2	9	45	239
Total (NEIN-Stimmende)	100	515	218	1223
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. a Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.				

²⁵ Die Nein-Motive sind unter Deutschschweizern, Westschweizern und Tessinern relativ gleichmässig verteilt.

4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Drei der vier Argumente für die SVP-Initiative wurden von den Stimmenden breit unterstützt. Das heisst, dass sie nicht nur die Ja-Stimmenden, sondern auch eine recht grosse Minderheit der Nein-Stimmenden überzeugten (Tabelle 4.6). So fanden genau zwei Drittel der Stimmenden, die Schweiz solle ihre Einwanderung wieder selbst regulieren können, und unkontrollierte Einwanderung führe zu Lohndruck sowie Wohnungs- und Verkehrsproblemen. Diese beiden Argumente – insbesondere das erste – fanden massiven Zuspruch unter den Ja-Stimmenden (95% und 86% dafür) und wurden auch – besonders das zweite – von einem beträchtlichen Anteil der Nein-Stimmenden (35% und 45%) unterstützt. Einerseits belegt dieses Ergebnis den Erfolg der SVP-Abstimmungskampagne; die entsprechenden Botschaften fanden sogar im gegnerischen Lager Anklang. Andererseits zeigt es, dass manche Personen Nein stimmten, obwohl sie hinsichtlich der negativen Auswirkungen der Einwanderung mit den Initianten einverstanden waren.

Eher erstaunlich ist, dass sich eine deutliche Mehrheit der Stimmenden vom Argument überzeugen liess, die Steuerung der Einwanderung rechtfertige das Risiko einer Kündigung der Bilateralen. Es fand auf der Ja-Seite sehr viel Unterstützung (82%), wurde aber auch von einer grossen Minderheit der Nein-Stimmenden (42%) getragen. Die breite Unterstützung für dieses Argument der SVP-Initiative weist auf die Bereitschaft der Ja-Stimmenden hin, die bilateralen Abkommen aufs Spiel zu setzen. Die nicht geringe Unterstützung des selben Arguments durch die Nein-Stimmenden lässt sich hingegen etwas schwerer nachvollziehen, da die Gegnerschaft der SVP-Initiative die Verteidigung des bilateralen Wegs ins Zentrum ihres Abstimmungskampfs stellte. Genau betrachtet unterstützte ein Teil der Nein-Stimmenden das betreffende Argument wahrscheinlich nicht deshalb, weil sie damit einverstanden waren, das Risiko einer Gefährdung des bilateralen Wegs einzugehen, sondern weil sie damit einverstanden waren, dass eine enge Verknüpfung zwischen der Annahme der Initiative und der Gefährdung des bilateralen Wegs besteht.²⁶

Weniger überzeugend wirkte einzig das Argument, die Einwanderung trage zur Erhöhung der Kriminalität in der Schweiz bei. Es wurde zwar von den Ja-Stimmenden klar unterstützt (80%), jedoch auch von der Nein-Seite eindeutig verworfen (69%).

Die Argumente, die von den Gegnern der SVP-Initiative vorgebracht wurden, konnten das Stimmvolk deutlich weniger überzeugen. Ziemlich breite Zustimmung fand nur die Ansicht, die Kontrolle der Einwanderung über ein Kontingentsystem führe zu mehr Bürokratie und mehr Kosten (63%). Die Nein-Stimmenden waren massiv für dieses Argument (87%), das sogar von nicht wenigen Ja-Stimmenden unterstützt wurde (41%). Das Hauptargument der Gegnerschaft, die Beschränkung der Einwanderung «verstoße gegen das Personenfreizügkeitsabkommen mit der EU und werde die Kündigung der bilateralen Verträge nach sich ziehen», besass weniger Überzeugungskraft. Eine klare Mehrheit der Nein-Stimmenden

²⁶ Unter den Nein-Stimmenden, die das Argument guthiessen, die Kontrolle der Einwanderung rechtfertige das Risiko einer Kündigung der bilateralen Abkommen, befanden sich besonders viele Westschweizer (61%, gegenüber 36% Deutschschweizer).

folgte diesem Argument (79%), doch die Ja-Stimmenden waren mehrheitlich dagegen (56%) oder unentschieden (12%). Noch geringer ist die Unterstützung für die beiden anderen Argumente der Gegnerschaft. Sie bewirkten eine starke Polarisierung der Votanten für und wider die Initiative. Die Initiativgegner waren grossmehrheitlich damit einverstanden, dass die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit einen wichtigen Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs und des Wohlstands der Schweiz gefährde (84%), und fast genauso viele Anhänger der Initiative verwarfen das Argument (76%). Auch die Auffassung, eine Begrenzung der Einwanderung werde die Schweiz in die Isolation treiben, fand bei 76% der Initiativgegner Anklang, wurde aber von 82% der Ja-Seite abgelehnt. Zusammen mit der begrenzten Unterstützung des Arguments bezüglich der negativen Folgen für den bilateralen Weg weist die starke Polarisierung, die durch diese beiden Argumente ausgelöst wurde, auf das Scheitern der Nein-Kampagne hin, die keinen Meinungsumschwung unter den Ja-Stimmenden zu bewirken vermochte.

Tabelle 4.6: Masseneinwanderung – Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent*

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Wir müssen die Einwanderung wieder selbst steuern können	Total	(%)	31	4
	Ja	95	4	1
	Nein	35	60	6
Wenn die Kontrolle der Zuwanderung zu einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU führt, müssen wir dieses Risiko eingehen	Total	63	33	5
	Ja	82	13	5
	Nein	42	55	3
Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu Lohndruck, Wohnungs- und Verkehrsproblemen	Total	66	31	4
	Ja	86	13	2
	Nein	45	50	6
Die Einwanderung erhöht die Kriminalität in der Schweiz	Total	52	42	6
	Ja	80	15	6
	Nein	25	69	6
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Die Zuwanderung kontrollieren zu wollen ist gegen das Abkommen zur Personenfreizügigkeit und wird zu einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union führen	Total	55	36	10
	Ja	33	56	12
	Nein	79	15	6
Die Steuerung der Zuwanderung über Kontingente führt zu Bürokratie und hohen Kosten	Total	63	30	7
	Ja	41	51	8
	Nein	87	8	5
Wenn die Personenfreizügigkeit mit der EU aufgehoben wird, wird ein wichtiger Pfeiler für den Erfolg der Wirtschaft und den Wohlstand in der Schweiz gefährdet	Total	50	45	6
	Ja	17	76	7
	Nein	84	13	3
Der Wille, die Einwanderung zu beschränken, wird zur Isolation der Schweiz führen	Total	43	56	6
	Ja	13	82	5
	Nein	76	20	5
* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet. Deutungsbeispiel: 66% aller Stimmenden (95% der Ja-Stimmenden, 35% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem ersten Argument an (Wir müssen die Einwanderung wieder selbst steuern können), 31% (4% der Ja-Stimmenden, 60% der Nein-Stimmenden) waren damit nicht einverstanden und 4% (1%, 6%) waren unentschieden. n Total der Stimmenden, die eine Antwort gegeben haben = 1119 bis 1127. © Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 09.02.2014.				

Letztlich liessen sich die Befürworter der Initiative offenbar von den Argumenten überzeugen, die von der SVP während der Abstimmungskampagne ins Feld geführt wurden, blieben jedoch wenig empfänglich für die Argumente des gegnerischen Lagers (mit Ausnahme des Arguments zu den Kosten des Kontingentsystems). Die Befürworter bestritten insbesondere die möglichen Folgen der Initiative für die Europapolitik. Einerseits verwerfen sie nicht nur die These, die Annahme der Initiative führe zu einer Kündigung der bilateralen Verträge, sondern sie bestreiten auch generell, dass die Zustimmung zur Initiative die Schweiz in die Isolation führen werde. So gesehen liegt der Schluss nahe, ein Teil der Initiativbefürworter sei sich der Folgen der Initiative für die schweizerische Europapolitik nicht bewusst gewesen. Gegen diese Auslegung spricht allerdings die Antwort auf das Argument, man müsse das Risiko einer Kündigung der bilateralen Verträge eingehen, wenn dies der Preis für die Steuerung der Zuwanderung sei. Auch dazu ist die Meinung der Ja-Stimmenden eindeutig: Sie sind grossmehrheitlich bereit, dieses Risiko einzugehen. Genauer betrachtet sind 78% der Ja-Stimmenden, die nicht mit dem Argument einverstanden waren, eine Annahme der Initiative werde die Kündigung der bilateralen Verträge nach sich ziehen, trotzdem bereit, die Kündigung zu riskieren, falls dies der Preis für die Kontrolle über die Zuwanderung sei. Auch 70% der Stimmenden, die hinsichtlich der Auswirkungen der Initiative auf die bilateralen Verträge unentschieden waren, erklärten sich bereit, das Risiko einer Kündigung der Verträge einzugehen, um die Zuwanderung regulieren zu können.²⁷

Tabelle 4.7 liefert ähnliche Angaben, aber auf der Basis der Prozentsätze in Bezug auf die Ja-Stimmenden und mit Fokus auf die Personen, die auf beide Argumente antworteten, also unter Ausschluss der Personen, die bezüglich dieser beiden Argumente unentschieden waren.

Tabelle 4.7: Masseneinwanderung – Unterstützung für das Argument «Die Initiative gefährdet die bilateralen Verträge» und für das Argument «Das Risiko einer Kündigung der bilateralen Verträge muss in Kauf genommen werden, um die Zuwanderung steuern zu können» bei den Ja-Stimmenden in Prozent

Das Risiko einer Kündigung der bilateralen Verträge muss in Kauf genommen werden	Die Initiative gefährdet den bilateralen Weg	
	Einverstanden	Nicht einverstanden
Einverstanden	36	50
Nicht einverstanden	2	12

* Die Angaben wurden nach dem Abstimmungsergebnis gewichtet.
© Universität Genf/gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 09.02.2014.

²⁷ Konsequenterweise sind fast alle Ja-Stimmenden, die damit einverstanden sind, dass die Annahme der Initiative zur Kündigung der bilateralen Verträge führen werde (94%), ebenfalls bereit, das Risiko dieser Kündigung auf sich nehmen, um die Zuwanderung steuern zu können.

Ein Drittel der Ja-Stimmenden (36%) ist einverstanden, dass die Initiative zur Kündigung der bilateralen Verträge führt und dass es nötig sei, das Risiko dieser Kündigung einzugehen, um die Zuwanderung steuern zu können. Vermutlich ist diese «maximalistische» Haltung bei den härtesten Gegnern des bilateralen Wegs anzutreffen. In der grössten Gruppe (50%) sind die Personen zusammengefasst, die bestreiten, dass die Initiative die Kündigung der bilateralen Verträge nach sich zieht, aber dennoch gewillt sind, das Risiko einer Kündigung auf sich zu nehmen, damit die Kontrolle der Zuwanderung möglich wird. Diese Haltung entspricht ziemlich genau dem Diskurs der SVP während der Abstimmungskampagne, der einerseits in der Behauptung bestand, die Initiative sei mit den Bilateralen vereinbar, und andererseits die Auswirkungen eines allfälligen Vertragsbruchs zu relativieren suchte. Eine kleine Minderheit (12%) widerspricht der Ansicht, die Initiative führe zur Kündigung der bilateralen Abkommen und ist folglich nicht bereit, das Risiko einer derartigen Kündigung einzugehen. Schliesslich vertritt nur ein verschwindend kleiner Anteil der Ja-Stimmenden (2%) die inkohärente Haltung, die Initiative werde zur Kündigung der bilateralen Verträge führen, aber man sei nicht bereit, das entsprechende Risiko einzugehen.

Gesamthaft betrachtet weisen die Befunde der VOX-Analyse darauf hin, dass die Befürworter der Initiative in Kenntnis der Sachlage abstimmten und ihnen die möglichen Auswirkungen der Initiative auf den bilateralen Weg somit bewusst waren. Einerseits bestreitet die Hälfte der Befürworter zwar, dass die Initiative dem bilateralen Weg zuwider läuft, aber sie sind ohnehin bereit, die Konsequenzen einer allfälligen Kündigung der bilateralen Abkommen zu tragen. Andererseits anerkennt ein Drittel der Befürworter zwar, dass die Initiative gegen den bilateralen Weg verstösst, doch die betreffenden Personen sind bereit, das Risiko einer Kündigung der Abkommen zu tragen. Ungeachtet dessen, ob sie den Verstoß gegen den bilateralen Weg bestätigen, erklären sich über 80% der Befürworter der Initiative bereit, die Konsequenzen zu tragen. Das Argument, die Schweiz komme ohne den bilateralen Weg nicht aus, das 2005 und 2009 zur Annahme der Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit beitrug, fand kein Gehör (mehr). Folglich hätte eine bessere Aufklärung über die Konsequenzen der Initiative für das Personenfreizügigkeitsabkommen und, damit zusammenhängend, für den bilateralen Weg nicht viel bewirkt (bestenfalls hätte man damit den Stimmentscheid von knapp einem Zehntel der Befürworter beeinflussen können). Vielmehr scheint die Grundproblematik in der Wahrnehmung der Bedeutung der bilateralen Abkommen – und auch des Nutzens der Personenfreizügigkeit für die Wirtschaft – zu liegen. Um eine Änderung der Sichtweisen herbeizuführen, müsste eine verbesserte Informationsarbeit somit bei diesem Punkt ansetzen.

5. ZUR METHODE

Die Ergebnisse von VOX 114 beruhen auf der Analyse der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch, und das Institut für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 24 Minuten dauerten (13% der Interviews dauerten mehr als 30 Minuten, fast 44% dauerten weniger als 20 Minuten) und von 91 Befragern von zu Hause aus durchgeführt wurden. Das Forschungsinstitut gfs.bern besass dabei als Kontrollinstitut die Möglichkeit, die Interviews ohne Vorankündigung über eine zweite Telefonleitung zu beaufsichtigen.

Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1511 stimmberechtigte Personen, und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren: Landesteile (nach einer proportionalen Einteilung aufgrund der amtlichen Statistik von 2000), Haushalte (anhand des elektronischen Telefonbuchs der Swisscom) und in diesen Haushalten lebende Personen (nach dem «Prinzip des Geburtsdatums»), wobei 53.3% der Personen dieser Stichprobe aus der Deutschschweiz, 26.7% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischen Schweiz stammen (ungewichtet).²⁸

Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1511 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.4\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Die Fehlermarge gibt an, inwiefern die Schlussfolgerungen der Untersuchung richtig sind. Sie nimmt zu, wenn die Stichproben klein sind (z. B. wenn eine Analyse durch zu viele fehlende Daten beeinträchtigt oder nur an einem Teil der Stichprobe durchgeführt wird). Sie nimmt ab, wenn die Differenz zwischen den Prozentwerten grösser ist, z. B. bei einem Ergebnis von 70:30. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen ist aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers von Schlussfolgerungen über die Mehrheitsverhältnisse abzuraten.

Die Bestimmung der Plausibilitätsschwelle beruht auf dem Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest. Dabei bedeutet * eine Plausibilität von unter 0.05, ** von unter 0.01 und *** von unter 0.001. Beträgt die Plausibilität mehr als 5%, bedeutet der Vermerk n.s., dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Korrelationen werden anhand des Koeffizienten V nach Cramer interpretiert: 1 steht für eine völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Variablen; 0 steht, wenn gar keine Übereinstimmung zwischen den Variablen besteht. Steht in einer Tabelle eine Zahl in Klammern, bezeichnet sie Kategorien, in denen weniger als 50 Fälle erfasst wurden: Diese sind vorsichtig zu interpretieren.

²⁸ Für weitere Einzelheiten siehe technischer Bericht von gfs.bern.

Im Rahmen unserer Studie setzten wir bei den Analysen des Stimmverhaltens der Befragten (soziodemografisches und politisches Profil, Gründe für den Stimmentscheid, Wahrnehmung des Inhalts der Vorlagen und Haltung zu den wichtigsten Kampagnenargumenten) und bei der Analyse der Stimmbeteiligung Gewichtungsfaktoren zur statistischen Bereinigung ein. Diese Gewichtungsfaktoren werden von gfs.bern bereitgestellt, kommen in den VOX-Analysen seit der Abstimmung vom 21. Mai 2000 (VOX 70) zum Einsatz und berücksichtigen die Verteilung der Antworten nach Sprachregionen.

P.P.

3001 Bern